

Europa auf lange Sicht nachhaltig gestalten:

Langfristige Nachhaltigkeitspolitik wirksam gestalten

Hintergrundpapier der EEAC Arbeitsgruppe über Nachhaltige Entwicklung

Die offizielle Stellungnahme des EEAC, die zu diesem Hintergrundpapier abgegeben wurde, wird von den folgenden Räten des Europäischen Netzwerkes der Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) getragen:

Belgien **Umwelt- und Naterrat Flanderns (Minaraad), 26.6.08**

Bundesrat für Nachhaltige Entwicklung (FRDO-CFDD)

Frankreich **Nationaler Rat für Nachhaltige Entwicklung (CNDD), 27.6.08**

Deutschland **Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), 27.6.08**

Ungarn **Nationaler Umweltrat (OKT), 3.7.08**

Irland **Comhar, Nachhaltiger Entwicklungsrat (COMHAR), Juni**

Niederlanden **Beirat für Forschung über Stadtplanung, Natur und Umwelt (RMNO), 3.7.08**

Rat für ländliche Regionen (RLG), will seine Billigung am 18.9.08 aussprechen

Portugal **Nationaler Rat für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (CNADS) 25.6.08**

Spanien **Beirat für die Nachhaltige Entwicklung Kataloniens (CADS)**

Großbritannien

Nachhaltige Entwicklungskommission (SDC), 3.7.08

Mit unserem Hintergrundpapier möchten wir dazu beitragen, eine genauere Analyse und zusätzliche Belege für die EEAC Stellungnahme zusammenzutragen. Es dient als Brücke zwischen der formellen Stellungnahme des EEAC und den dazugehörigen Themenpapieren.

Problemerkennung

1. Das EEAC ist ein Netzwerk Europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte aus mehr als zwanzig europäischen Ländern, die sich aus Wissenschaftlern, Wirtschaftsakteuren und Vertretern zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, Medien und Gewerkschaften, zusammensetzen. Mit unermüdlichem Einsatz hat sich das Netzwerk darum bemüht, bei Politikgestaltenden, Politikern und einer Reihe anderer betroffenen Akteure das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es notwendig und auch tatsächlich möglich ist, nachhaltige Entwicklung in alle Aspekte des Denkens und des Handelns innerhalb von Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft europaweiteinzubinden. Das EAAC richtet sich dabei in erster Linie an das Europäische Parlament, an die EU-Kommission und an den Rat der Europäischen Union. Das EEAC steht ebenfalls im ständigen lebhaften Dialog mit der Öffentlichen Verwaltung, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft, denen es die Aufgabe übertragen hat, die Robustheit und Gesundheit aller Menschen auf einem stabilen Planeten zu fördern, sowohl jetzt als auch zu jedem zukünftigen Zeitpunkt.
2. Unser Hintergrundpapier, das wir als die EEAC-Arbeitsgruppe zur nachhaltigen Entwicklung verfasst haben, setzt seinen Fokus auf die Gestaltung und Umsetzung von Politiken, die zum Ziel haben, nachhaltige Entwicklung fest im Denken zu verankern und **auf besonders lange Sicht** politische und soziale Prognosen zu erstellen. Auch in der erläuternden Präambel der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union wird Langfristigkeit als ein wichtiges Merkmal der Nachhaltigkeit aufgeführt (2006, S. 2):
Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation erfüllt werden, ohne dafür zukünftigen Generationen in ihren Möglichkeiten zu beschneiden, ihren eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden. Hierin besteht eines der großen Anliegen der Europäischen Union, das im Vertrag zum Ausdruck kommt und maßgeblich für sämtliche Politiken und Aktivitäten der Union ist.
3. Solche Erklärungen werden für gewöhnlich ignoriert, wenn es heißt, politische Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen und langfristigen Folgen zu treffen oder erneut zu evaluieren. So war beispielsweise die EU-Politik zur Förderung der Beimengung von Biokraftstoffen in Benzin und in Diesel anfänglich nicht in der Lage, die möglichen Folgen für die soziale Gerechtigkeit, die ökologische Stabilität und den wirtschaftlichen Wohlstand zu berücksichtigen. Negative Folgen sind jedoch nicht auszuschließen, wenn ein beträchtlicher Ernteanteil statt in die Lebensmittelproduktion in

die Kraftstoffherzeugung fließt. Eine der möglichen Folgen könnte der Rückgang der Bodenfruchtbarkeit sein, neu hinzukommende landwirtschaftliche Aktivitäten in ökologisch sensiblen und artenreichen Gebieten, ein Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel, eine sich ausbreitende Hungersnot unter den wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Menschen, zusätzliche Armut und eine noch größere politische Instabilität in den bereits jetzt äußerst problematischen Regionen sowie opportunistische Finanzspekulation auf den Rohstoffmärkten. Viele dieser offensichtlich kontraproduktiven Folgen, die sich wie ein roter Faden durch sämtliche ökologische, soziale und wirtschaftliche Bereiche ziehen, wurden bisher nur unzureichend als eine Folge zusammenhängender und sich gegenseitig beeinflussender Ereignisse untersucht. Der Mangel an kohärenten und koordinierten institutionellen Strukturen für die politische Analyse und Evaluierung muss behoben werden, um die Sache der nachhaltigen Entwicklung auf lange Sicht voranzubringen. Der Prozess des institutionellen Wiederaufbaus war für die Analyse der Arbeitsgruppe ein Ansporn und hat uns bei der Verfassung dieses Hintergrundpapiers beflügelt.

4. Nachhaltige Entwicklung wird zwar zunehmend als ein politisches Konzept akzeptiert, jedoch noch immer nicht wirksam in die Praxis umgesetzt. Die Gesellschaft belässt es bei einem Lippenbekenntnis zu diesem Konzept, hinter dem noch immer kein wirkliches Engagement steht. Durch nachhaltige Entwicklung soll erreicht werden, dass die Menschheit auf die Bedürfnisse und Interessen aller Menschen achtet, wobei die Zugehörigkeit zu verschiedenen Nationen und Generationen unbedeutend bleibt, und sie sich stets so verhält, dass allen eine gleiche und gerechte Behandlung zuteil wird. Eine robuste Gesellschaft bemüht sich um ein Verhalten, das die lebenssichernden Funktionen des Planeten erhält und ausbaut. Sie wird die Grenzen der Belastbarkeit der Natur erkennen und sich über diese nicht hinwegsetzen. Eine nachhaltig lebende Gesellschaft wird zu einem Wirtschaftsmodell finden, das all diejenigen Lebensformen fördert, die einerseits zum Wohlstand, andererseits aber auch zum grundlegenden Erlangen eines persönlichen und kollektiven Wohlbefindens verhelfen. Auf dem Weg dorthin sind nicht nur alle heute lebenden Bürger mit ins Boot zu nehmen, sondern auch alle zukünftigen Generationen. Ihr Wohlbefinden bedeutet an und für sich „unser“ Wohlbefinden. Nachhaltige Entwicklung erfordert Transformation und Innovation in der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft, Kreativität in der Gesellschaft, die Fähigkeit, zukünftige Folgen vorauszusehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, die sich auf die Lebensqualität der Zukunft auswirken.
5. Die Europäische Union entstand vor dem Hintergrund eines verbindlichen rechtlichen und politischen Systems, das den sozialen Zusammenhalt, die Integration der Umwelt

und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit fördert und zugleich eine Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bietet, die auf die verschiedenen nationalen und kulturellen Identitäten einzugehen versteht. Die europäische Integration sowie die Erweiterung der EU haben zum Ziel, Europa wettbewerbsfähiger und innovativer zu gestalten, und es somit auch zum globalen Handeln zu befähigen. Europa, als ein auf lange Sicht nachhaltig wirkender *Global Player*, verlangt nach einer Vision, in der sich das europäische Sozial- und Wirtschaftsmodell wie ein stabiles Gerüst auswirkt. Zudem trägt Europa die Verantwortung, sich stets wie ein Partner zu verhalten, indem es die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern und aufstrebenden Volkswirtschaften nachhaltig, unter Befolgung der Millenniumsziele und der weltweiten Schlüsselvereinbarungen zum Umweltschutz, der Klimarahmenkonvention und dem *Millenium Ecosystem Assessment* (MEA) unterstützt. Europa hat diesbezüglich eine Vorreiterrolle zu übernehmen, es muss sowohl innerhalb der Europäischen Union mit gutem Beispiel vorangehen als auch nach außen hin, in der globalen Arena, um Europa als ein soziales und ökologisches Gesamtgefüge für alle Zeiten nachhaltig zu gestalten. Diesbezüglich möchten wir mit unserem Hintergrundpapier alle EU-Institutionen bekräftigen und ermuntern, die im Paragraph 27 der EU-Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung (2006) vorgeschlagene Empfehlung zu befolgen:

Die Kommission soll eine konkrete und realistische Vision der EU auf ihrem Weg zur Nachhaltigkeit innerhalb der nächsten 50 Jahre ausarbeiten. Eine solche Vision sollte partizipatorisch vorbereitet werden, die wichtigsten langfristigen Ziele benennen und die einzelnen unmittelbaren Phasen und Schritte beschreiben, die auf dem Weg dorthin wichtig sind.

Die Arbeitsgruppe schließt sich dem Vorschlag an, eine solche Vision zu entwerfen, damit Bürger und Regierungen ihre Zukunft auf durch und durch partnerschaftliche Art aushandeln und gestalten können. Aus einem solchen Prozess sollten weitreichendere und wirksamere Maßnahmen mit einem bestimmten Spektrum an sozialen und ökologischen Auswirkungen hervorgehen, und sich dafür des sogenannten „Horizon Scannings“ samt des innovativen und interaktiven Entwickelns verschiedener Szenarien bedienen, oder auch auf ein entsprechend ausgerichtetes *Sustainability Impact Assessment* (SIA) für die Politikgestaltung und anschließende Umsetzung zurückgreifen.

6. Die Arbeitsgruppe glaubt, dass die Befassung mit Langfristigkeit im Kontext Nachhaltiger Entwicklung zu einer überaus dringlichen Angelegenheit geworden ist. Die Aussicht auf hoch schädliche und sehr kostspielige Auswirkungen des globalen Klimawandels, auf Naturrisiken, die auf menschliche Eingriffe zurückzuführen sind, auf den Verlust der

Biodiversität und der Bodenstabilität und Ernährungssicherheit, stellt eine ernsthafte Bedrohung für die persönliche und kollektive Gesundheit des Menschen und sein Wohlbefinden dar. Die Folgen des Klimawandels sind mittlerweile vor allem in den Entwicklungsländern deutlich zu spüren, in Form von menschlichem Elend im Zuge grassierender Armut, katastrophaler Zerstörung von Lebensgrundlagen und Zwangswanderungen. Hierzu gesellt sich die unsichere Lage auf den Finanzmärkten, Terrorismuswellen und gesellschaftliche Unruhen, die oft auf die nicht zufriedenstellenden Lebensbedingungen zurückzuführen sind, auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, auf die zunehmende Arbeitslosigkeit sowie auch auf die weltweit zwischenzeitlich stark angestiegenen Nahrungsmittelpreise. Die Langfristigkeit ist bereits im Hier und Heute.

7. Schier unüberwindbare Schwierigkeiten scheinen sich einem solchen Ziel entgegenzustellen. Es erweckt nicht den Eindruck, als habe die Gesellschaft bereits zu diesem Zweck ihre eigenen Formen **des Regierens, des Schaffens von sozialer Gerechtigkeit, der Gestaltung der Märkte und des Bildungs- und Erziehungsangebots, der Vorbereitung der Kultur und der sozialen Perspektiven sowie des Erhalts der äußerst vielfältigen Regionalkulturen und Landschaften der Europäischen Union** gefunden bzw. angepasst. Deshalb hat die Arbeitsgruppe sieben Thesenpapiere zu den genannten Themen vorbereitet. Ziel ist eine Analyse

gerecht werden, eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung zu fördern. Zudem muss **die Art, wie EU-Budgets generiert** und ausgestaltet werden, um Politik umzusetzen und gemeinschaftliche europäische Interessen zu wahren, angemessen ausgewählt sein, um der Nachhaltigkeit eine langfristige Perspektive zu eröffnen. Eben dieser Aspekt bildet den Ausgangspunkt für das achte Thesenpapier unseres Hintergrundpapiers.

8. In unserem Hintergrundpapier werden all diese Überlegungen zusammengefasst. Es wertet die besonderen Herausforderungen aus, die sich aus einer auf sehr lange Sicht ausgelegten Perspektive in einer sich rasant schnell verändernden Welt ergeben. Zugleich vermittelt es eine Reihe von praktischen Vorschlägen, wie die öffentliche Verwaltung, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft parallele, sich gegenseitig unterstützende Aktionen durchführen können. Wir teilen unsere Überlegungen in Form von durchnummerierten Vorschlägen mit, die sich als eine Art Empfehlung für gezielte Aktionen verstehen.

Argumente für die Langfristigkeit in der Nachhaltigen Entwicklung

9. Der Begriff „auf lange Sicht“ wird uns bis zum Ende dieses Jahrhunderts begleiten. Er entspricht der Lebensspanne gesunder Babys, die heute geboren werden. „Auf lange Sicht“ bezieht sich auf nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellten Prognosen über den Klimawandel, den Verlust der Biodiversität, die Veränderung der (auch urbanen) Landnutzung sowie Verschiebungen im Hinblick auf die Verfügbarkeit fruchtbarer Böden, Frischwasser, Wälder und Meeresgründen, um den Bedürfnissen einer sich stabilisierenden, doch großen menschlichen Familie an Nahrung, Pflege und Wohlstand gerecht zu werden. Er verschafft uns auch den Kanon für Innovation und Wandel in der Technologie, Management, politische Anpassung, einen Wandel im Sozialverhalten, kulturelles Umdenken und neue Formen der nationalstaatlichen Gefüge und der lokalen Strukturen, die eventuell aufgeteilt und geschaffen werden müssen, sofern es eine Garantie für wahre Nachhaltigkeit über den gesamten Zeitraum geben soll.
10. Dass der Begriff „auf lange Sicht“ zu einer wahren Herausforderung wird, liegt an seinen folgenden Besonderheiten:
- Es besteht Ungewissheit darüber, was dem Gefüge des Planeten zustoßen könnte, über die zukünftige Bewohnbarkeit vieler bevölkerter Regionen, über die Gesundheit und die Sicherheit von zahlreichen Menschen, gar über die Überlebensfähigkeit der Menschheit an und für sich. All diese Dinge spiegeln wider, wie unzulänglich unser Wissen und unser Verständnis darüber ist, wie solche Prozesse ablaufen und wie breit das Spektrum der möglichen Auswirkungen des menschlichen Eingriffs in die Natur ist. Unsere Fähigkeit vorherzusagen, wie beide Arten von Kräften mit den lebenserhaltenden Funktionen des Planeten interagieren, ist ebenfalls begrenzt.
 - Hinzu kommen nahezu nicht zu treffende Aussagen darüber, wie sich Politik, Technologie, unternehmerische Innovation und soziale Perspektiven durch bewusst getroffene menschliche Entscheidungen verändern könnten. Solche Anpassungen könnten aus der Wiedergutmachung früherer Fehlentscheidungen resultieren, oder auch aus dem ganz bewussten Versuch, eine nachhaltige Zukunft zu fördern. So bestimmen hochgradig zusammenhängende Veränderungen den Schauplatz der Schritt für Schritt zu erwartenden Zukunftsszenarien für den Planeten, die Menschen und den Wohlstand im kommenden Jahrhundert. Eine bestimmte Anzahl Ungewissheiten vermischt sich mit einer bestimmten Anzahl nicht vorhersehbarer Antworten seitens der Politik und der Investition. Einige dieser Veränderungen werden sich durchsetzen, da Erfahrung, Mut und Experimentierfreudigkeit genau der

richtige Nährboden für sie ist. Andere hingegen mögen durchaus konvulsivisch, abrupt und unkoordiniert erscheinen, entstanden unter dem Einfluss von Panik oder Verzweiflung, wenn sich Bedingungen des menschlichen Wohlergehens weiterhin verschlechtern. In beiden Fällen wird die Ungewissheit von langfristigen Vorhersagen noch zusätzlich durch die schiere Unmöglichkeit erschwert, vorherzusehen, wie die Politik, ganz gleich ob als Prozess oder von ihrer inhaltlichen Seite her betrachtet, reagieren wird. Aus diesem Grund ist es notwendig, Geschichten oder Zukunftsszenarien zu erstellen, aber niemals eine Garantie im Hinblick auf das Ergebnis auszusprechen.

- Zum jetzigen Zeitpunkt besteht nur wenig Klarheit, wie die EU sich selbst politisch, gesellschaftlich und geografisch über die nächsten drei Generationen hinweg entwickeln wird. Ferner mangelt es derzeit an einem gemeinsamen Standpunkt darüber, welche Art von Demokratie wir entweder auf der EU- oder auf der Mitgliedsstaatenebene entwickeln müssen, um Politiken aufzustellen und zu unterstützen, die den zukünftigen Generationen nützen werden und in der Lage sind, Ungerechtigkeiten für die derzeitigen und zukünftigen Generationen zu überwinden und eine gesunde und angemessen wertgeschätzte natürliche Umwelt sicherzustellen. Eine solche Demokratie wird unter Beweis stellen müssen, dass sich ihr Interesse am Wohlbefinden aller zukünftigen Bürger und an einer Garantie für ein belastbares Funktionieren des Ökosystems bewusst und kreativ in ihren eigenen kurzfristigen Vorlieben niederschlägt.
- Die Märkte entwickeln sich zunehmend zu einem Gemisch aus multinationalen Verordnungen, nationaler Führung, zivilgesellschaftlichem Eingreifen und den Antworten der Unternehmen auf die ihnen gestellte Herausforderung, Profite zu erzielen, Mehrwerte zu schaffen und gleichzeitig verantwortungsvoll zu handeln. Die Märkte bewältigen die weitreichenden Auswirkungen ihres Handelns auf zukünftige Generationen nur unzureichend. Die Forderung nach sofortigen Gewinnerträgen, die keinerlei Regulierungen unterliegende Spekulation auf den Rohstofftagesmärkten lassen keinen Raum für Nachhaltigkeit. Es ist schwer zu sagen, wie die Märkte drei Generationen später funktionieren werden, doch es sollte eine Art von Synergie zwischen dem Staat, der Zivilgesellschaft und dem privaten Unternehmertum entstehen. Die Märkte müssen die passenden Signale für die Preisgebung und den Handel mit Eigentumsrechten (*Trading*) setzen, um die Steuerung der Wirtschaft über eine erfolgreiche, auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung sicherzustellen. Dafür empfiehlt sich die Verwendung von Methoden, die zuverlässig für mehr soziale Gerechtigkeit, ein gesteigertes menschliches Wohlbefinden und größere ökologische Stabilität in der Zukunft sorgen.

- Auch über die individuelle und die gemeinschaftliche Kultur, über Lebensstile, Konsumverhalten und die zukünftige Bedeutung der lokalen Identität lassen sich nur sehr schwer Voraussagen treffen. Jüngste Veränderungen der „Kultur“ in Europa wurden durch die Technologie, die Medien, soziale Aktivitäten und Events beeinflusst, stets unter dem Motto: *local to global*. Ob ein kulturelles Umdenken zu einer auf Langfristigkeit angelegten nachhaltigen Entwicklung vorgegeben und gelenkt werden kann, statt abzuwarten, bis es sich aus der Umwandlung heraus von selbst ergibt, bleibt noch zu erörtern. Eine grundlegende Abwendung von kulturellen Werten und Verhaltensweisen vollzieht sich für gewöhnlich sehr langsam und episodisch, es sei denn, eine Gesellschaft ist in ihrer Gesamtheit einer gemeinsamen und ernst zu nehmenden Bedrohung ausgesetzt.
- Die Bildung ist nicht ausreichend darauf ausgerichtet, soziale Gerechtigkeit, ökologische Stabilität und nachhaltige Lebensformen zu vermitteln. Die Bildung bereitet zudem die Gesellschaft nicht darauf vor, nachhaltige Lösungen für komplexe Probleme zu erkennen. Oder zu verstehen, dass es möglicherweise viele Herangehensweisen gibt, die zu Anfang eines Entscheidungsfindungsprozesses auszumachen sind, oder dass eine in bester Absicht getroffene Entscheidung vollkommen unbeabsichtigte Folgen nach sich ziehen kann. Der springende Punkt hierbei ist, inwieweit die Bildung bewusst so beeinflusst werden kann, dass sie die Gesellschaft darauf vorbereitet, auf eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung hinzuarbeiten. Also ob die Bildung zur Grundlage des tiefgreifenden kulturellen Umdenkens wird, oder ob sich das Umdenken wie von selbst vollzieht, ohne dass es bewusst in eine bestimmte Richtung gelenkt werden muss.

11. Je länger sich die Gesellschaften nicht auf eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung einstellen, desto schwerer werden wir es haben, höchst unvorhersehbare und möglicherweise abrupte, die Menschheit überraschende Veränderungen des Planeten in den Griff zu bekommen. Wir glauben, dass die Europäische Union ihre Anstrengungen für *Trade* und *Aid* beschleunigen sollte, um ihren Beitrag zur Umsetzung einer globalen *One-Planet-Living*-Initiative bis 2050 zu leisten. Deshalb ist der *Human Development Index (HDI)* für alle *Entwicklungsökonomien* auszubauen, um damit zuverlässig eine sozial gerechte und ökologisch stabile Entwicklung abzubilden. So kann gemeinsam mit solchen Wirtschaften und Gesellschaften an einem Strang gezogen werden, um den gesamten *ökologischen Fußabdruck* deutlich zu reduzieren. Es kann kein nachhaltiges Europa in einer nicht nachhaltigen Welt geben.

12. Gerade weil es keine unter allen abgestimmte Vision einer zukunftsfähigen Nachhaltigkeit gibt, bedeutet „auf lange Sicht“ eine Herausforderung für die Regierung,

das Justizwesen, die Demokratie, die Märkte, die Kultur, die Vielfalt und die Haushaltsplanung. Auch gibt es keine einzige systematische Analyse darüber, wie alle der verschiedenen Facetten unserer Gesellschaft und Wirtschaft sich anzupassen haben oder angepasst werden müssten, um sich in eine solche Vision einzubringen. Es liegt an der Kombination aus Wandel, experimenteller Innovation, Lernen durch Versuch und Irrtum und der Umsetzung bedeutungsvoller Visionen in eine sequenzielle Realität, die es für die modernen Governance - Institutionen in der Europäischen Union und in sämtlichen Mitgliedsstaaten zu einer so großen Herausforderung werden lässt, die Dinge auf lange Sicht zu gestalten.

13. Es gibt eine mit wachsender Beteiligung geführte Debatte über mögliche, abrupt eintretende Transformationen der das Leben der Erde sichernden Ökosystemfunktionen, der sogenannten „Umkipppunkte“, die die Bewohnbarkeit unseres Planeten möglicherweise nicht mehr gewährleisten. Der übereinkommende Tenor der Wissenschaftler lautet, dass solche „Umkipppunkte“ auch kombiniert Wirkung entfalten und noch vor Ende des Jahrhunderts irreversibel werden könnten, es sei denn, es erfolgt in einer naheliegenden Zukunft eine drastische Abkehr von den Treibhausgasemissionen und den Eingriffen in das Ökosystem der Böden, der Wälder, der Gewässer, der Luft und der Meereswelten. Der Entwurf möglicher Szenarien der katastrophalen und unvorhersagbaren Veränderungen steckt noch in den Kinderschuhen. Wir haben nach wie vor keine Vorstellung, wie ihre Auswirkungen auf die langfristige Stabilität des Planeten und das menschliche Wohlbefinden aussehen könnten. Dennoch sind unvermittelte Veränderungen noch zu Lebenszeiten all der gesunden Kinder, die heute geboren werden, wahrscheinlich ausreichend, so dass die Politik vorbereitet und ihr Potenzial möglicher Reaktionen darauf ausgerichtet werden muss, um die daraus resultierenden, für uns kaum vorstellbaren Folgen mit in Betracht zu ziehen. Dies bedeutet mehr Nachdruck bei der Anwendung des Vorsorgeprinzips auszuüben und sicherzustellen, dass die Anbieter innovativer Ansätze in der Technologie, Raumentwicklung und Infrastruktur, wie beispielsweise Transportnetzwerke oder Energieversorgungsprojekte, dies unter Beweis zu stellen haben und sich dazu verpflichten, Investitionen in nachhaltigkeitswirksame Entwicklungen zu tätigen, selbst unter den nur schwer vorhersehbaren Wirkungen kumulierender „Umkipppunkte“.
14. Je länger wir uns nicht an eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung anpassen, desto schwieriger wird es sein, höchst unvorhersehbare und möglicherweise abrupte Veränderungen in den Griff zu bekommen, die über die Menschheit hereinbrechen könnten. Der „Ökologische Schuldentag“ des „*Global Footprint Networks*“ lehrt uns, die der Menschheit drohenden Krisen nicht zu vergessen. Jährlich wird im

Rahmen dieser Initiative dem Kalendertag gedacht, an dem die Menschheit die Grenze der Mittel ihres Planeten überschreitet. 2007 fiel dieser Tag auf den 6. Oktober. Jahr für Jahr ist dieser Stichtag eher erreicht, denn allein schon in unseren Haushalten schlagen wir über die Stränge und leben weit über den Ökosystemleistungen unseres Planeten. (<http://www.footprintnetwork.org/qtn.sub.php?content.overshoot#WOD>).

15. Es liegt auf der Hand, dass die Herausforderungen sehr groß sind. Unsere Absicht besteht darin, bewusst darauf aufmerksam zu machen, dass es Wege gibt, eine nachhaltigere, beständige Zukunft zu ermöglichen. Es ist uns auch klar, dass es keine „Passepartout-Lösungen“ gibt, um den Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung zu vollziehen. Es gibt sehr viele verschiedene Meinungen darüber, was am klügsten wäre, und deshalb führen wir eine politische und gesellschaftliche Diskussion. Den einen oder anderen Vorschlag, wie wir möglicherweise vorankommen könnten, haben wir allerdings dennoch zu unterbreiten, und das tun wir auch. Noch während wir das sagen, bleibt uns eigentlich nicht mehr viel Zeit zum Handeln. Wie viel Zeit genau noch bleibt, ist Ansichtssache. Die am ehesten zutreffende Einschätzung lautet fünfzehn Jahre, während andere anerkannte Kommentatoren des Geschehens behaupten, uns stünde nur noch ein Jahrzehnt zur Verfügung. Die Arbeitsgruppe glaubt, dass es bestenfalls noch ein Zeitfenster von fünfundzwanzig Jahren gibt, um gut durchdachte, brauchbare Antworten zu finden. Darüber hinaus könnte es zu schwierig und für die Gesellschaft zerrüttend sein, den ökologisch und sozial gerechten Wandel durchzusetzen. Unsere Schlussfolgerung ist vielleicht zu optimistisch. Deshalb ist es so wichtig, dringlichst und vor allem schnell zu handeln, auch wenn die geforderten Antworten erst einmal entmutigend wirken mögen.
16. Einer der klassischen Fehler beim Treffen von Entscheidungen mit einer langfristigen Perspektive besteht darin, die Zukunft als etwas zu betrachten, das „handhabbar“ ist. Angesichts einer drei Generationen umfassenden Zeitspanne von hundert Jahren mit ihren zahlreichen parallelen Möglichkeiten, Gefahren und Gelegenheiten ist es völlig undenkbar, eine Zukunft zu entwerfen, die „handhabbar“ wäre. Die Gesellschaft muss jeweils prüfen, wie sie große Ungewissheit bewältigt, wie sie in nachvollziehbaren und anpassungsfähigen Schritten vorangeht, die Träume und Zielsetzungen aller Menschen berücksichtigt und wie sie lernen kann, die *Governance* für eine, im Vergleich zu heute, sehr stark veränderten politischen, wirtschaftlichen Welt mit ganz anderen Naturvoraussetzungen zu übernehmen.
17. Innerhalb von Europa sind solche Visionen, Zielsetzungen und Verhaltensmuster die Motoren für jegliche Form des Wandels hin zur Nachhaltigkeit. Sie spiegeln verschiedene

nationale und regionale Wege wieder, um mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Themen umzugehen. In der langfristigen Perspektive besteht unsere Aufgabe darin, die beschriebene Vielfältigkeit mit einem Sinn für gemeinsame europäische Werte zu kombinieren und uns für gesetzliche Regeln auszusprechen, die sich auf eine weitverzweigte, sachkundige öffentliche Debatte stützen. Die Interaktion zwischen verschiedenen Kulturen und einem gemeinsamen europäischen Projekt ist von einem unverzichtbaren Wert für den Anpassungsprozess, der erforderlich sein wird, um mit den verschiedenen Arten des Wechsels auf unterschiedlichen Regierungsebenen umzugehen, da Europa „ein Haus mit vielen Zimmern ist“, und es auch hoffentlich immer bleiben wird.

18. Daher verwendet die Arbeitsgruppe die „Langfristigkeit“ als ein Instrument, das es ermöglicht, eine Vision für den Rest des Jahrhunderts zu bewerten, mittels derer Menschen, Regierungen, Wirtschaften und der Planet befähigt werden, sich einer Perspektive anzupassen, die robust, stabil, unterstützend und fördernd in und für die Natur, sowie die gesamte Menschheit ist. Um dorthin zu gelangen, müssen wir uns eine zu handelnde und realistische „Kurzfristigkeit“ von 1-5 Jahren vorstellen, nämlich den politischen und haushaltsplanerischen Lebenszyklus von Regierungen, Menschen und Unternehmen. Es wird auch eine Art „Mittelfristigkeit“ erforderlich sein, nämlich einen Zeitraum von 5-25 Jahre, der für sämtliche Belange im Hinblick auf die Analyse von Entscheidungen auf mittlerer Ebene und eine Reform der Institutionen dient. Die Empfehlungen, die sich aus dem vorliegenden Hintergrundpapier ergeben, wurden ganz bewusst in kurz-, mittel- und langfristige Rahmen eingeordnet. Viele der Empfehlungen machen eine ganze Serie von Workshops, Seminaren und Konferenzen erforderlich. Eine solche Art des Vorgehens mag den Anschein erwecken, Anlass zu einem Hinauszögern der dringend notwendigen Antworten zu geben. Doch die Arbeitsgruppe ist sich durchaus darüber bewusst, dass es ohne einen grundlegenden politischen Konsens, Fallstudientests und Versuche in den Mitgliedstaaten und auf der lokalen Ebene keine kohärente und zielführende Bewegung getreu den im vorliegenden Bericht dargelegten Grundlinien geben kann. Der Aufruf zu Konferenzen über den Wandel bedeutet, dass jede Konferenz innovativ und progressiv sein sollte.

19. Die Arbeitsgruppe hat sich in erster Linie mit der europäischen Szene und den Europäischen Institutionen befasst, die dafür zuständig sind, zu regieren und die Kultur zu gestalten. Sie ist sich der globalen Ebene sehr wohl bewusst. Sie hat erkannt, dass es in den globalen Institutionen, wie die Körperschaften der Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation, die Internationalen Finanzorganisationen, noch einen viel größeren Bedarf an tiefgreifenden Reformen geben wird, ebenso wie in der Außenpolitik

im Hinblick auf Sicherheitsfragen und Hilfseinsätze, die stets mit einem ganzen Bündel von wirtschaftlichen und zivilen Interessen einhergehen. Doch es hat den Anschein, als würde ein kritisch analysierender Blick auf die diesbezüglich existierenden Vereinbarungen den Rahmen der Untersuchungen der Arbeitsgruppe sprengen. Daher schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass die größere globale Gemeinschaft die beiliegende Stellungnahme, das vorliegende Hintergrundpapier sowie auch die acht Themenpapiere im Licht dessen liest, was diese Dokumente im Hinblick auf eine institutionelle Transformation vorschlagen, um den gesamten Planeten während seines freudvollen Übergangs hin zu einer permanent nachhaltigen Zukunft zu regieren.

20. Ganz im Sinne des Aufrufs für eine Vision eines zukünftigen nachhaltigen Europas haben wir folgenden Traum anzubieten.

Abschnitt 1.01 Ein Traum von einem nachhaltigen Europa im Jahre 2075

Nachhaltige Entwicklung wird zu einem „perspektivischen Zentrum“ für alle sozialen Werte, für Verhalten und Verantwortlichkeiten geworden sein. Die Menschen in Europa werden mit Freude gelernt haben, wie man sich in seinem Leben und in der Wirtschaft „CO₂-neutral“ verhält und auf der Basis erneuerbarer und lokaler Energiequellen und CO₂-armer Technologien sowie hochgradig effizienter Energietransformationssysteme wirtschaftet.

Natürliche Ressourcen werden durch nachhaltige Wasserressourcen erhalten, durch terrestrisches und aquatisches Biota und durch die Gewährleistung, dass „Raum für die Ökologie“ in allen existierenden Natursystemen vorgesehen ist. Alle wirtschaftlichen Transaktionen werden ausdrücklich auch danach bewertet, ob die sozialen und ökologischen Nutzen von lebenssichernden Prozessen mit berücksichtigt wurden.

Governanceleistungen werden sich aus politischem und zivilem Engagement auf allen Ebenen speisen. Sie setzen bei der multinationalen Ebene an und reichen hinab bis auf die lokale Ebene und sind ein Garant für eine ausreichende finanzielle und politische Unabhängigkeit und für politische Freiheit auf der lokalen Ebene. Bildung gehört für sie ebenso selbstverständlich dazu. Die Menschen jeden Alters erhalten kontinuierlichen Zugang zur Aus- und Weiterbildung. Jede Schule wird einem Testlabor für das Erleben von nachhaltiger Kultur und Wohlbefinden gleichen und auf der kommunalen Ebene wird das Zusammenleben der Menschen ein Beispiel dafür sein, wie man sich verantwortlich für das Wohlbefinden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt zeigt.

Die Unternehmen werden gesellschaftliche und ökologische Stabilität durch eine angemessene Preispolitik und die Übernahme von Risiken fördern. Die Beschaffenheit der Märkte ergibt sich aus dem Zusammenwirken eines integrierten Staats, der behördlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, aus angemessenen Preisfestsetzungs- und Handelssystemen, auf die sich gemeinsam diejenigen Bürger geeinigt haben, die sich für eine auf Langfristigkeit ausgerichtete nachhaltige Entwicklung engagieren. Parallel dazu wird es aber auch viel anpassungsfähigere Austauschverfahren geben müssen. Alle Verantwortlichkeiten der Privatwirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Zivilgesellschaft werden in Nachhaltigkeitsvisionen eingebettet sein und haben ihre Wurzeln in der ökologischen der sozialen Gerechtigkeit.

Prinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Beschäftigung und Armut, Gleichberechtigung, sozialer Zusammenhalt und gegenseitiger Respekt werden in alle Arten der Entscheidungsanalyse und der institutionellen Vereinbarungen Eingang gefunden haben. Der soziale Zusammenhalt wird in multikulturelleren Gesellschaften als das Fundament dienen, auf dem das europäische Sozialmodell errichtet wird.

Besondere Budgets werden allein darauf verwendet, die langfristigen Auswirkungen der mittelfristigen Analyse und Investition abzusichern und darin wird es immer einen Spielraum für eine als Vorsichtsmaßnahme gedachte, langfristige Rechenschaftspflicht geben.

Wissenschaft und Forschung werden sich bei der Gestaltung von Technologie, Innovation und neuen Lebensformen auf Nachhaltigkeitsprinzipien ausrichten und sie weiterentwickeln. Eine Wissenschaft, die alle Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt und der die direktere Einbeziehung der öffentlichen Verwaltung, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft gelingt, wird ihre Energie und ihre Gestaltungsmöglichkeiten auf eine solche Art von Forschung verwenden, die zum Ziel hat, verlässliche Lebensformen für alle Menschen zu schaffen.

Ein stärker frauenorientierter Ansatz im Hinblick auf Grundbedürfnisse und soziale Gerechtigkeit wird maskulinen Kräftespielen den ausgleichenden Gegenpol bieten. Ob Frau, Mann oder Kind, Zugehöriger einer anderen ethnischen Gruppe, behindert oder einem anderen Glauben zugehörig, alle Menschen werden gleichbehandelt, alle haben gleichberechtigten Zugang zu Chancen, Ansehen und Verbesserung der persönlichen Lebenssituation. Die Medien stellen die Themen rund um nachhaltige Entwicklung so dar, dass ein positiver Antrieb für mehr Selbstregulierung und Weiterbildung entsteht. Dies ist eine gute Unterstützung, um vor der öffentlichen Meinung zu bestehen und um

sicherzustellen, dass zuverlässige Informationen sämtliche Institutionen und Menschen erreichen.

Aus der Erfahrung mit demografischem Wandel durch Alterung, Migration und Urbanisierung wurden Nachhaltigkeitsstrategien und –praktiken gewonnen, die auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene verwendet werden. Dabei geht es um Armutsbekämpfung, sozialen Zusammenhalt, Programme für ein lebenslanges Lernen, neue Potenziale für kulturelle Diversität und soziale Aufstiegsmöglichkeiten sowie den praktischen Erhalt eines auf Vertrauen basierenden gesellschaftlichen Gefüges.

Das europäische soziale, wirtschaftliche und ökologische Modell der Stabilität hat sich als eine Inspiration auf globaler Ebene behaupten können, die für gleiche Wettbewerbsbedingungen im Hinblick auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Standards und *Governanceformen* sorgt. Die nachhaltige Gestaltung Europas wird den Anreiz schaffen, auch den übrigen Planeten für die gesamte Menschheit nachhaltig zu gestalten. Alle Europäer werden so zu leben verstehen, dass sie nie und nirgends auf der Welt ökologische oder soziale Auswirkungen verursachen, die ihrem Ziel widersprechen.

Eine Sozialkultur, die zwar lokal verankert, doch global vernetzt ist, wird in ihrem Verhalten und in ihren Perspektiven eine persönliche und eine gemeinschaftliche Verantwortlichkeit zum Ausdruck bringen, die einer besseren sozialen Integration dienlich ist, zu ethischeren Verkaufs- und Gebrauchsmustern von Waren und Dienstleistungen anregt und die Optimierung der Bedingungen für die Zukunft als eines der Ziele einer verantwortungsvollen Bürgerschaft betrachtet.

21. Sich einen solchen Traum auszudenken ist unerlässlich. Wenn wir von Institutionen sprechen, so ist keine der im nachfolgenden Text vorgeschlagenen Innovationen als sinnvoll zu erachten, wenn es nicht eine von allen mitgetragene Zweckbestimmung und Zielsetzung im Hinblick auf den Wert ihrer möglichen Ergebnisse gibt. Das Entwerfen einer pragmatischen und visionären europäischen Landschaft für Gesellschaft, Wirtschaft, Regierung und Natur, die diese Faktoren in einen kreativen Entwicklungsprozess mit einbezieht, muss den Rahmen für unser Hintergrundpapier und die es begleitenden Stellungnahmen bilden. Die Arbeitsgruppe appelliert an die Europäische Kommission, die verschiedenen europäischen regierenden und regulierenden Institutionen und die Mitgliedsstaaten gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um ein von allen mitgetragenes Verfahren einzuführen, damit aus unserer visionären Übung ein ernst gemeintes Nachschlagewerk für zukünftige Politikgestaltung und Gesetzeserlassung entstehen kann. Dabei ist besonders wichtig, dass gerade junge

Leute in den Prozess eingebunden werden, ihn mitgestalten und sich seine Ergebnisse „zu Eigen machen“.

22. Es folgt eine Reihe von Interpretationen der acht Hauptthemen, die im Zusammenhang mit den unterstützenden Analysen zu betrachten sind, die sich in der Anlage zu unserem Hintergrundpapier befinden. Die nachfolgend aufgeführten Abschnitte enthalten Vorschläge oder Schlussfolgerungen, die nach Auffassung der Arbeitsgruppe die Grundlage der Empfehlungen für besonderen Handlungsbedarf bilden. Der Schlussteil des Hintergrundpapiers bietet eine Auflistung der besonderen Empfehlungen, die wir als Arbeitsgruppe unserer geschätzten Leserschaft zur Kenntnisnahme vorlegen möchten.

Governance

23. Die Regierungen stehen für die Legislativen, Exekutiven und die Gerichte, umfassen aber auch den privaten und den zivilen Bereich auf sehr vielfältige Art und Weise. Die Regierungen streben danach, eine langfristige Perspektive einzunehmen, doch die Ergebnisse aus ihren Entscheidungen sind nur in den seltensten Fällen automatisch nachhaltig. Langfristige Entscheidungen können sich für eine, oder möglicherweise auch für zwei von den Verknüpfungen zwischen der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Dimension als wirksam erweisen, doch vermögen nur in den seltensten Fällen erfolgreich alle drei zu berücksichtigen.

Vorschlag:

- *[V1] Langfristigen Entscheidungen sollten so geplant und beurteilt werden, dass darin alle relevanten Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Berücksichtigung finden. Zudem sollten Institutionen und Organisationen, die die Verantwortung dafür tragen, weitreichende Entscheidungen zu treffen und umzusetzen, Zugang zu Bemessungseinheiten und Fähigkeiten erhalten, die es ihnen ermöglichen, komplexe Dinge anzugehen. Ferner sollten ihnen die kommunikativen Fähigkeiten verliehen werden, um die möglicherweise zu erbringenden kurzfristige „Opfer“ mit den sich daraus ergebenden, weitreichenden Gelegenheiten zu rechtfertigen.*

24. Es ist inzwischen überholt, langfristige Entscheidungen mit der Behauptung rechtfertigen zu wollen, dass die zukünftigen Generationen reicher als die derzeitigen Generationen sein werden. Folglich können die derzeitigen Generationen nicht mehr länger von den zukünftigen Generationen erwarten, dass diese die Ressourcen oder Fähigkeiten haben werden, mit den Problemen umzugehen, die ihnen die derzeitigen Generationen

aufgrund ihrer mangelhaften Analyse zukunftsfähiger Handlungsmöglichkeiten hinterlassen haben. Wir haben keinen moralischen Anspruch, Entscheidungen zu treffen, die nach unserem derzeitigen Wissen und unseren Werten den zukünftigen Generationen abverlangen, Kosten und Risiken in Kauf zu nehmen, die wir für uns selbst nicht hinnehmen würden.

Vorschläge:

- *[V2] Eine Verbesserung der Governance im Hinblick auf langfristige Entscheidungen sollte nicht darauf beschränkt sein, dass eine Mitberücksichtigung von besonderen langfristigen Zielen erfolgt. Viele kurzfristige Entscheidungen, beispielsweise solche, durch die Umsetzungspolitiken hinausgezögert werden oder gar solche, bei denen sich für ein Nichthandeln entschieden wird, können wichtige langfristige Auswirkungen haben. Auch diese Art von Perspektiven müssen bei der politischen Evaluation stets mit berücksichtigt werden.*
- *[V3] Die wirkungsvolle Miteinbeziehung von langfristigen Belangen in die politische Entscheidungsfindung verlangt auch, dass sämtliche zwischen kurzfristigen und langfristigen Dimensionen und Ergebnissen zu schließende Kompromisse ausdrücklich aufgeführt und all solche Faktoren benannt werden, die die beiden Größenordnungen miteinander verbinden, sodass letztlich jede Art von politischen Ergebnissen gleichermaßen die nachhaltige Entwicklung fördern.*

25. Langfristige Entscheidungsfindungsprozesse erfordern viele Arten von Kompromissen.

Vorschläge:

- *[V4] Langfristige Entscheidungsfindungsprozesse sollten so organisiert sein, dass auf die folgenden Gelegenheiten stärker Acht gegeben wird: Gelegenheiten, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Prozessqualität (auch das Engagement der Stakeholder betreffend) und Geschwindigkeit schaffen, die sich einem eventuell erforderlichen Systemwechsel (Transitionen) nicht verschließen, die sowohl pragmatische als auch dem Zufall überlassene Faktoren berücksichtigen, die sich (für langfristige Entscheidungsfindungsprozesse) besondere Vorteile der (nationalen) Kulturen zunutze machen und sich darum bemühen, kulturelle Schwachpunkte in den Griff zu bekommen.*
- *[V5] Governance in langfristigen Entscheidungsfindungsprozessen erfordert Klarheit über die von Staaten, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, den Wissenseinrichtungen und den Vermittlerorganisationen, wie beispielsweise Beratungsgremien, zu übernehmenden Rollen. Die Governance-Herangehensweise ist im Idealfall eine Mischung aus Netzwerk-Governance (bildet die Grundlage für einen Konsens und eine langfristige Unterstützung), Markt-Governance (stimuliert Unternehmertum und*

eine sich selbst regulierende Verantwortlichkeit sämtlicher Akteure) sowie hierarchische *Governance* (sorgt für gleiche Wettbewerbsbedingungen, sichert die Umsetzung von Entscheidungen sowie einen gesetzlichen Rahmen mit dem erforderlichen Maß an Beständigkeit und Zuverlässigkeit).

- *[V6] Der in einem interaktiven (Netzwerk-)ansatz eingeführten Governance sollte eine zentrale Rolle zukommen.* Ganz wie es in der Schlussfolgerung der 2003 EEAC WG-Stellungnahme über Europäische *Governance* lautet, lassen sich viele langfristige Störungen auf vielschichtige, „heimtückische“ Probleme zurückführen, die nicht durch einen einzigen Akteur zu lösen sind, selbst wenn dieser die Regierung ist. Ein Schwachpunkt des Netzwerkansatzes könnte darin bestehen, dass er letztlich zu einer Unterlassung jeglicher Handlung führen könnte. Umso stärker ein Thema als dringlich erachtet wird, desto wichtiger könnte die hierarchische *Governance* werden. Die Politik sollte möglichst verhindern, immer nur auf Krisen reagieren zu müssen. Vielmehr sollte sie sich proaktiv für die Beratung und Evaluation rüsten.
- *[V7] Alle an langfristigen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligten Akteure sollten unbedingt über ihre speziellen Perspektiven und Handlungsstrategien im Hinblick auf Kompromisse nachdenken.* Das Treffen von langfristigen Entscheidungen für die nachhaltige Entwicklung liegt nicht allein in der Verantwortung der Regierungen. Dennoch tragen die Regierungen eine besondere Verantwortung für die Organisation der gesellschaftlichen Debatte über die Zukunft und sollten mit für einen Konsens darüber sorgen, wie man inmitten von zahlreichen miteinander konkurrierenden Zielsetzungen zu einer langfristigen Entscheidung gelangt.
- *[V8] Die Übernahme der „Best Practices“ von einer Nation zur anderen birgt bestimmte Gefahren in sich. Einige Entscheidungsprinzipien können von allen Ländern befolgt werden. Voneinander zu lernen setzt voraus, dass verschiedene Ansätze trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen erfolgreich sind.*

26. Es entsteht der Eindruck, dass Regierungen anhand lokaler Vielfalt, lokaler kultureller Normen und Erwartungen, lokaler geschichtlicher Prägungen und lokaler gesellschaftlicher Modelle Zusammenhalt und Zugehörigkeit „lernen“ müssen. Haushaltspläne und Entscheidungsstrukturen, die sich zu stark an nationale oder multinationale Rahmenbedingungen halten, führen auf der lokalen Ebene nicht notwendigerweise zu einer auf Langfristigkeit angelegten nachhaltigen Entwicklung, wenn die Auswirkungen eines solchen Haushaltsplans den Interessen lokaler Demokratien zuwider laufen. Deshalb muss den Entscheidungsstrukturen eine Kombination aus der „staatlichen“ und der „lokalen“ Ebene gelingen. Daran erkennt man eine „*Good Governance*“

27. Das Treffen von langfristigen Entscheidungen macht flexible Institutionen erforderlich, beispielsweise bezüglich der Aufgaben der Regierungsvertreter sowie der Organisation in der Wissensproduktion.

Vorschläge:

- *[V9] Regierungsinstitutionen sollten flexibel genug sein, um sich zukünftige Probleme bereits jetzt auf die Tagesordnung zu schreiben und sie mit derselben Intensität und Professionalität zu bearbeiten, wie es für aktuelle Probleme der Fall ist.*
- *[V10] Die Wissensproduktion für die langfristige politische Planung erfordert, verschiedene Wissensarten (mono-, multi- oder interdisziplinäres wissenschaftliches Wissen sowie transdisziplinäres Wissen) in den politischen Prozess einzubauen. Dabei ist eine klare Rollentrennung zwischen der politischen und der wissenschaftlichen Arena erforderlich.*

28. Entscheidungen mit einer langfristigen Auswirkung und/oder Zielsetzung sind nicht zwangsläufig transparent und wurden nicht unbedingt unter Einsatz der besten Entscheidungshilfen vorbereitet.

Vorschläge:

- *[V11] Um langfristige Entscheidungsfindungen zu treffen, sind moderne Instrumente zur Entscheidungsfindung erforderlich. Wenn ethische und politische Behauptungen den Evaluationsmethoden vorgezogen werden, ist es wichtig, dass sie aus dem politischen, und nicht aus dem wissenschaftlich/technischen Bereich ausgewählt werden.*
- *[V12] Transparenz ist nicht nur für die Behauptungen erforderlich, die hinter den Entscheidungshilfen stehen, sondern auch für die Bereiche, wo Methoden wie die Kosten-Nutzen-Analyse und die Multi-Kriterien-Analyse an ihre Grenzen stoßen. Die Kosten-Nutzen-Analyse ist zum Beispiel nicht grundsätzlich auf komplexe Probleme wie den globalen Klimawandel anwendbar, denn alle diesbezüglich getroffenen Entscheidungen würden Einfluss auf eine große Menge relevanter Parameter ausüben und hätten eine große Auswirkung auf die Wirtschaft und das Landeseinkommen. Eine Art innovativer und sequenzieller Kosten-Nutzen-Analyse wird vonnöten sein, bei der eine kreative Nutzung von Szenarien erfolgt.*
- *[V13] Antizipationsmethoden wie Szenariotechniken und Horizontscanning können sich als sehr nützlich erweisen, um die Widerstandsfähigkeit und die Stabilität von langfristigen Entscheidungen zu verbessern. Die Anwendung solcher Methoden muss gar nicht sehr kostspielig sein: Das Hauptziel, nämlich eine Debatte anzustoßen, die die „richtigen“ Fragen aufwirft, ist bereits mit einem Mittelding zwischen einem*

ausführlichen Szenario und einem relativ simplen, auf einem allgemeinen Horizontscanning beruhenden Fragebogen zu erreichen.

29. Unsere Analyse wirft eine ganze Reihe von besonderen Vorschlägen für die EU-Regierungsinstitutionen auf. Sie werden allesamt im nachfolgenden Paragraph 61 aufgeführt.
30. Wir sind der Auffassung, dass neue Regierungsformen für eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung in der Lage sein müssen, drei Arten von Problemen anzugehen:

Instrumente und Methodologie: Die primären Probleme betreffen die Gestaltung von Innovation, Technologie und Evaluierungsverfahren für einen mittelfristigen Zeitraum (5 bis 15 Jahre). Das bedeutet, Vorkehrungen für mögliche neue Investitionen zu treffen, den Diskontsatz anzupassen, der Rechenschaftspflicht nachzukommen, um langfristige „Rückzahlungen“ möglich zu machen und um sicherzustellen, dass die soziale Gerechtigkeit vollständig gewahrt ist.

Governance-Verfahren: Die sekundären Probleme haben mit der umfassenden Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Parametern für alle Elemente der Entscheidungsfindung und des Ausgleichs durch Kompromisse zu tun. Bei diesem Ansatz geht es darum, sich für neue Ansätze zu entscheiden, um aussagekräftige Maßnahmen (entsprechend dem derzeitigen Wissensstand) im Hinblick auf „Wert“, „Wohlbefinden“ und „wirtschaftliches Ergebnis“ festzusetzen, die dem wesentlichen Ziel, den Zufriedenheitsgrad aller Menschen in einer stabilen Gesellschaft zu verbessern, vollständig gerecht werden. Ebenso sollte der Begriff eines von den jetzigen Bürgern zu bringenden „Opfers“ tunlichst vermieden werden. Gemeint ist damit eine Art des „Verlusts“, um das Wohlbefinden der Nachkommenschaft aufrechtzuerhalten. Sich für eine stabile und nachhaltige Zukunft einzusetzen ist eine Handlung, die im eigenen Interesse der Gemeinschaft erfolgt und ihrer moralischen Verantwortung entspricht.

Institutionen: Ihnen obliegt die Einführung nachhaltiger, langfristiger Anreize, die systematische Umwandlung einer Vielzahl von Institutionen – Gerechtigkeit, Märkte, kulturelle Normen, Formen der Rechenschaftspflicht, politisches Engagement, staatsbürgerliche Verantwortung – es gilt mit all diesen Dingen zu „jonglieren“, um sich an neue Perspektiven einer auf Langfristigkeit angelegten nachhaltigen Entwicklung anzupassen.

Soziale Gerechtigkeit

31. Mit der Gerechtigkeit ist es in der modernen Welt nicht mehr weit her. Die Bürgerrechte werden beinahe auf der gesamten Welt mit Füßen getreten. Die Demokratie funktioniert zwar, ist aber lange nicht perfekt. Wir benötigen bessere rechtliche Mittel, um die Kontinuität lebenserhaltender Prozesse auf dem Planeten zu gewährleisten. Die lobenswerten Grundsätze der „Earth Charter“ (www.earthcharter.org) sollten darauf aufbauen. Armut und Ungerechtigkeit nehmen weiterhin zu, trotz der in den jüngsten Jahren unternommenen heroischen Anstrengungen, um beide Phänomene in den Griff zu bekommen. Ökologische Ungerechtigkeit, die moralische Gefahr, ökologischen und sozialen Risiken noch stärker als bisher ausgesetzt zu sein, ohne Aussicht darauf, dass diese Gefährdung zukünftig vermieden oder reduziert werden könnte, ist weltweit ebenfalls auf dem Vormarsch. Die Gerechtigkeit steht und fällt auch in Zukunft mit den Lebensbedingungen der Menschen, den Rechten und Verantwortlichkeiten der Individuen und der Gemeinschaften sowie mit dem Schutz des Eigentums. Es gibt in den derzeitigen Gerichtsverfahren keinen gesetzlichen Status für die lebenserhaltenden Prozesse des Planeten. Selbst das Wohlbefinden der bisher noch ungeborenen Generationen genießt keine vollwertige rechtliche Anerkennung. Das Gesetz muss erst noch angemessene Regeln finden, um die Gesellschaft dahin zu bringen, ihre Nachkommen auf lange Sicht nachhaltig zu schützen. Nachhaltige Entwicklung sollte als ein Ziel in die Verfassungen sämtlicher Mitgliedsstaaten aufgenommen werden. Ferner ist mit der Rolle, die die EU in der Gestaltung eines nachhaltigen Planeten übernommen hat, soziale Gerechtigkeit unabdingbar geworden.
32. Neue marktliche und behördliche Vereinbarungen zur Gestaltung einer auf Langfristigkeit angelegten nachhaltigen Entwicklung sollten auch auf die Aspekte der sozialen Gerechtigkeit, die bei jeder Umgestaltung von Märkten und Regulierungen eine Rolle spielen, eingehen. Die Wirtschaft hat bereits diesen Weg eingeschlagen, indem sie sich zunehmend für ethische Strategien engagiert. Bei jedem Austausch von Waren oder Dienstleistungen sollte die soziale Gerechtigkeit durch Ethik und entsprechende Maßnahmen gewahrt sein. Auch sollten Haushaltsplanvereinbarung die entsprechenden Ressourcen und Investitionen vorsehen, um stets die Fähigkeit zu besitzen, die soziale Wohlfahrt in den Regionen und in den vielen lokalen Enklaven zu steigern, auch wenn dort die Ungerechtigkeit weit verbreitet und die Verletzbarkeit groß ist. Die Dimension der sozialen Gerechtigkeit muss bei Haushaltsplanungen stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Vorschläge:

- [V22] *Integration der wichtigsten sozialen Wohlfahrtsziele in alle Strategien und Politiken.* Der Belgische Bericht über nachhaltige Entwicklung von 2007¹ stützt sich auf die einundzwanzig weltweit anerkannten nachhaltigen Entwicklungsziele, von denen zehn vorsehen, das Humankapital als Backcasting-Szenarios für 2050 zu erhalten. Genau darauf sollte die zu leistende Pionierarbeit aufbauen.
- [V23] *Sicherung des Zugangs zu bezahlbaren Waren und Dienstleistungen für arme Menschen. Die Preise für Grundnahrungsmittel sollten für den normalen, „lebenserhaltenden“ Bedarf erschwinglich sein und für „luxuriöse“ Ansprüche steil nach oben gehen. Solche überlebenssichernden Maßnahmen für arme Menschen sollten bei Regulierungen und Marktpreisfestlegungen bedacht und durch ein entsprechendes Gesetz gefördert werden.*
- [V24] *Nachhaltige Entwicklung durch nachhaltige Investition, die menschenwürdige Arbeitsplätze schafft.* Eine ganze Reihe von Dingen können getan werden, um die zahlreichen „unentgeltlichen“ Rollen zu würdigen, die Millionen von Menschen tagtäglich außerhalb des formellen Marktes ausüben, um den Zusammenhalt innerhalb von Familie und Nachbarschaft zu gewährleisten. Dies stellt ein lebenswichtiges Element dessen dar, was wir manchmal als „Sozialkapital“ bezeichnen, nämlich das verbindende Element, das den Menschen zu einem friedlichen Miteinander, gegenseitigem Verständnis und Respekt verhilft. *Eine solche Rolle eines „freiwilligen Helfers für die Nachhaltigkeit“ sollte in den gesetzlichen Regelungen über Abgaben und Bezüge anerkannt werden.*
- [V25] *Förderung der sozialen Gerechtigkeit durch Reduzierung des Global Footprints.* Die Grundlage für Besteuerung und Umverteilung sollte anhand von Abgaben für nachweislich nicht nachhaltiges Verhalten festgelegt werden, sodass Pools für einen nachhaltigen Sozialfonds gebildet werden, um vor allem auf Gemeindeebene sichere Arbeitsplätze zu schaffen und die soziale und ökologische Stabilität zu stärken. Es sollte innerhalb der EU als eine klare politische Auflage festgelegt werden, mit den Entwicklungsökonomien zu kooperieren, mit dem Ziel den HDI in Richtung nachhaltiger Lebensweisen zu erweitern und den gesamten ökologischen und *sozialen Fußabdruck* für den Planeten spürbar zu senken. Derartige Bestrebungen sollten zu einem festen Bestandteil der Finanzierungs- und Nachhaltigkeitspolitiken werden. Die UN, gemeinsam mit der ILO und dem Internationalen Gewerkschaftsdachverband, sollten auch zukünftig dazu angehalten werden, nachhaltige Lebensformen durch nachhaltige Investitionen und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu fördern.
- [V26] *Aufnahme der EU-Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung in die Lissabon-Agenda.* Es gibt bereits eine konstruktive Debatte über die Zukunft von Märkten für

¹ Referenz:

erneuerbare Energien, die zum Ziel hat, beide Agenden miteinander zu kombinieren. *Diese fortschrittliche Initiative sollte auf Siedlungswesen, Transport, regionale nachhaltige Entwicklung und Politiken zur Verwaltung natürlicher Ressourcen ausgeweitet werden. Allesamt sind sie in der Lage, die Prinzipien der Nachhaltigkeit mit der Förderung technischer Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und sozialer Fairness zu kombinieren.*

Demografie

33. Laut den demografischen Prognosen werden die Bevölkerungen in Europa zunehmend älter und vielfältiger. Sie spiegeln Migrationsströme wieder und werden schrittweise von immer weniger erwerbstätigen Menschen abhängig. Für den einzelnen Menschen kann dies ein längeres und mit größerem Genuss gelebtes Leben bedeuten. Um das Einkommen zu erhalten, werden die Rentenbeiträge ebenso wie das offizielle Rentenalter steigen. Die Alterung der Gesellschaft sollte sowohl als eine Herausforderung für die soziale Sicherung als auch als eine Gelegenheit betrachtet werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Waren und Dienstleistungen anzubieten. Die zukünftige Bevölkerung Europas könnte unter Umständen zu groß werden, um sicherzustellen, dass die Ressourcen und Ökosystemdienstleistungen nachhaltig verwendet werden. Die geeignete Grundlage für zukünftige Bevölkerungszahlen und neue räumliche Lebensformen zu schaffen, wird für die zukünftige Sozialplanung und die wirtschaftliche Entwicklungspolitik zu einer großen Herausforderung. Die Stadtzentren in Europa könnten schrumpfen, während Stadtregionen größer werden. Daraus ergeben sich große Herausforderungen für Mobilität und Zugangsmöglichkeiten, es sei denn, die elektronische Kommunikation gewinnt weiterhin an Bedeutung. Zudem macht die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur für eine urbane auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung große Investitionen, die passende Technologie sowie sehr moderne Planung erforderlich. Auch die zurückgehende Landbevölkerung stellt uns vor eine sehr große Herausforderung, um ökologische Funktionen aufrechtzuerhalten und um weiterhin auf gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen zählen zu können. Wenn Bevölkerungen wachsen oder schrumpfen, wird die Verwaltung des erforderlichen Wissens für ein anpassungsfähiges und stabiles Verhalten und die Raumplanung kritisch. Die Landesgrenzen könnten in diesem Zusammenhang zu einem gangbaren Weg für die hier erforderlichen Innovationen werden, und sind nicht etwa ein Hindernis. Sofern jedoch keine sorgfältige Vorbereitung erfolgt, könnten sich die Folgen aus der Immigration nach Europa zu sozialen Spannungen und politischer Fragmentierung hin entwickeln.

34. Nach wie vor stützt sich die demografische Diskussion viel zu häufig auf Gesamtzahlen, wie beispielsweise die Auswirkungen einer Abnahme der Gesamtbevölkerung und die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung insgesamt. Dabei sind räumliche Migrationen und Verteilungsmuster der Bevölkerung genauso sehr von Bedeutung wie jegliche Erfassung eines demografischen Wandels und einer sozialen Aufspaltung zwischen Arm und Reich. Die Beziehung zwischen Alterung und Gesellschaft ist – in der Theorie – vielversprechend. In Wahrheit jedoch gibt es da drei gravierende Unvereinbarkeiten:

- *Wohlfstand:* Es lässt sich darüber streiten, ob Mitgliedsstaaten ihre sozialen Wohlfahrtssysteme aufrecht halten können, indem sie den Bevölkerungsrückgang allein durch die Aufnahme von Migranten auszugleichen suchen.
- *Arbeitsmarkt:* Das Einbringen der Arbeitskraft der Migranten wird den Rückgang der Arbeitskräfte nicht in allen Bereichen auffangen können. Auch ist dadurch nicht der Mangel in zumeist hochqualifizierten Tätigkeitsbereichen zu überwinden. Europa steht kurz vor einem ernsthaften Mangel an qualifizierten Ingenieuren. Man beginnt jetzt damit, Ausbildungsverfahren zu schaffen, durch die die zukünftige Generation junger Ingenieure auf die Nachhaltigkeit vorbereitet werden soll. Derartige frühzeitige Versuche, wie beispielsweise das MIT-Portugal-Programm, das sich für die Innovation in der Ausbildung und in der professionellen Entwicklung des *Engineerings*, des *Bio-Engineering* sowie des Transports über Nachhaltigkeitsketten (www.mitportugal.org) einsetzt, müssen beobachtet und auf Gesamteuropa ausgeweitet werden.
- *Geographie:* Der Trend hin zu einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung ist in ländlichen Gegenden und in Randgebieten am offensichtlichsten. Migranten fühlen sich eher von den größeren Städten angezogen, deren Bevölkerung meistens relativ jung ist. Daher verläuft die notwendige Anpassung der regionalen Infrastruktur viel langsamer als die Veränderungen in den Bevölkerungszahlen und in der Aufteilung. Die ländliche Entvölkerung wird zu einer ernsthaften Bedrohung für die Aufrechterhaltung des Sozialkapitals auf der einen sowie den wirksamen nachhaltigen Gebrauch natürlicher Ressourcen auf der anderen Seite. Anreize für Migration in ländliche Gemeinden und Randregionen zu setzen sowie allen Bürgern nachhaltige Lebensformen zu ermöglichen, wird in einem zukünftigen Europa für das wirksame Funktionieren von Ökosystemen lebensnotwendig sein.

35. Genau an dieser Stelle ist die gute Zusammenarbeit zwischen *Governance*, Bildung und Märkten erforderlich. Wenn innerhalb der Ausbildung ein Gefühl der Verantwortlichkeit und ein Pflichtempfinden vermittelt werden, so können Märkte angemessene

Maßnahmen für Wohlbefinden, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit fördern. Die Regierungen können Innovation fördern, indem sie bei den gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen für das rechte Klima sorgen.

Vorschläge:

- *[V29] Investition in Ausbildung und menschliche Qualifikation, Abbau von institutionellen Hürden und Karrierehemmnissen für Migranten sowie eine Ausweitung des Arbeitsangebots und der Auswahl an möglichen Berufslaufbahnen für die am wenigsten wohlhabenden Menschen wird die sozio-ökonomische Entwicklung fördern. Dies wiederum würde den demografischen Modellen der soziale Zusammenhalt und der Rechenschaftspflicht der Gemeinden zugute kommen.*
- *[V30] Die Dezentralisierung der öffentlichen Dienste und der Energieversorgung sowie die Förderung von Nachfragepolitiken, um eine gut durchdachte Entscheidungsfindung zu ermöglichen und um lokale Versorgungsketten zu fördern, sollte effektive Lösungsstrategien hervorbringen, um die Unterschiede zwischen den Regionen und den städtischen und ländlichen Gegenden zu verringern. Ferner kann dieser Prozess unterstützt werden, wenn Infrastrukturen, Einrichtungen und Märkte zunehmend auf die subnationale Ebene verlagert werden und das Wachstum von der Transportnachfrage losgelöst betrachtet wird.*
- *[V31] Die Voraussetzung für eine tragfähige Lösung ist eine sachkundige Debatte zwischen der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Politik. Unser Aufruf hierzu erfolgt über die Wissenschafts- und Mediengemeinschaften, damit sie die nötigen Fakten und Einblicke für eine solch umfassende Debatte bereitstellen. Dennoch gilt nicht unbedingt, dass „gute Information“ auch tatsächlich der Garant für eine effektive und gut informierte Bürgerschaft ist. Denn ganz so leicht ist es nun doch nicht, aus dem Konzept der „richtungsgebenden Auswahl“ (guiding choice) eine wahre Entscheidungsfindung abzuleiten. Dazu bedarf es einer umfassenden Analyse, eines Informationsaustauschs und der Umsetzung von Wissen in nachhaltiges Verhalten. Nachhaltiges Verhalten hingegen lebt von einer verantwortungsvollen, in der gesamten Gesellschaft verbreiteten Ethik, der ein gut ausgeprägtes Pflichtgefühl für eine nachhaltige Zukunft zusätzliche Rückendeckung gibt.*
- *[V32] Die Reaktion auf den demografischen Wandel befördert Strategien, um jede demografische Transition zu antizipieren und verstärkt auf nachhaltige Entwicklung auszurichten. Die Politik muss ihre Informationen über alle Themen rund um die Demografie, wie beispielsweise Werte und Identitätsbildung, die Rolle von Kindern in der Familie, Multi-Familien-Transformation, Migration oder die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft und die Bedeutung von lokaler Identität in einer immer stärker globalisierten Gesellschaft, aus einem unterstützenden gesellschaftlichen Dialog innerhalb der Mitgliedsstaaten und der EU beziehen.*

- *[V33] Es besteht ein dringender Bedarf, die soziale Sicherung zu überdenken. In Bereichen, in denen die wirtschaftliche Rezession, das Schrumpfen der Bevölkerung und die Verarmung deutlich zu spüren sind, wird durch die Bereitstellung der entsprechenden sozialen Dienstleistungen nach und nach eine Übernahme all der Aufgaben erfolgen, die ursprünglich unter die Zuständigkeit des Staates fielen. Hieraus resultiert die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der verschiedenen angebotenen Sozialdienstleistungen unter verstärkter Berücksichtigung der sozialen Dimensionen in der Wirtschaft, der speziellen Zuständigkeit des Staates für die am stärksten benachteiligten Menschen sowie der direkten und sensiblen Miteinbeziehung des „dritten Sektors“ der Wohltätigkeitsverbände und der aktiven Zivilgesellschaft. Genau dies könnte der Ansatzpunkt für lokale kommunale Wohlfahrt sein.*
- *[V34] Es sollten mehr Anstrengungen unternommen werden, um herauszufinden, wie man am besten mit einer alternden und mobilen Bevölkerung umzugehen hat. Dabei ließe sich die Rolle und Zielsetzung der Stadtregion erneut überdenken. Ein integrierter Ansatz würde entschieden auf lokale Auftragsvergabe und Mittelbeschaffung sowie auf CO2-Armut und Nachhaltigkeitsvorgaben für Bau- und Renovierungsprojekten setzen. Es gäbe zudem leicht zugängliche Mobilität, die lange physisch zu bewältigende Wege unnötig machen und mehr Raum für Nahrung- und Energieerzeugung bieten.*

Wir schlagen vor, dass Mitgliedsräte ihre Meinung zu einigen ausgewählten Visionen von Interessensvertretern zu nachhaltigen urbanen und ländlichen Regionen abgeben. Zum Beispiel anhand von besten Praktiken, in denen soziale Wohlfahrt ihr Maximum erreicht hat und die Ressourcen-, Energie-, Kohle-, Wasser-, Abfallströme minimiert sind, während gleichzeitig die Leistungen des Ökosystems geschützt und angemessen wertgeschätzt werden.

Märkte

36. Märkte funktionieren ganz unterschiedlich. Vieles in der Welt hängt von kommunalen Mechanismen des gegenseitigen Austauschs ab. Zudem gibt es den längst etablierten „Sozialmarkt“ vieler EU-Mitgliedsstaaten. Sie kombinieren öffentliche Aufgaben wie die Verteidigungsverwaltung, soziale Wohlfahrt, Bildung und Gesundheitsfürsorge mit einer Reihe von marktbasierter Maßnahmen. Hier ergänzen sich die Regierungen und die Privatwirtschaft, um einer breiten Mischung aus privaten und öffentlichen Waren und Dienstleistungen gerecht zu werden. Vor kurzem erst wurde versucht, die Märkte zu liberalisieren und sie mit „freieren Marktmechanismen“ auszustatten, und dabei vor

allem auf globale Unternehmensstrukturen, Wettbewerb, Innovation und den Abbau bürokratischer Hürden zu setzen. Allgemein jedoch werden die Märkte zunehmend zu einem Gemisch aus weitläufigen, globalen Unternehmensbeziehungen, die von den Regierungen in ganz unterschiedlichem Maße kontrolliert werden. Es gibt ein modernes internationales und nationales behördliches Management des privatwirtschaftlichen Verhaltens und ihrer Verantwortlichkeiten, das sich immer innovativerer Methoden der Preisfestsetzung und des Handels bedient.

37. Für die Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung wird eine viel stärker integrierte Kombination aus Staat, Markt und gesellschaftliche Überwachung erforderlich sein. Wenn es darum geht, Technologien für die Langfristigkeit zu fördern, die Infrastrukturen auf die Unterstützung solcher Technologien vorzubereiten und auf langfristige Zeiträume auszulegen, und Innovation in Managementtechniken und in Rechenschaftsberichtsverfahren zur Nachhaltigkeit mit in das Leistungsspektrum der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung und in ihre Endbudgets aufzunehmen, dann wird eine Synergie zwischen der staatlich behördlichen Führung, der Zivilverantwortlichkeit und der modernen Privatwirtschaft erforderlich sein.
38. Für die Mechanismen hinter solch langfristig ausgelegten Ergebnissen und unvollständig vorhersehbaren Risiken ergibt sich daher die Notwendigkeit, dass alle drei Bereiche (staatliche Führung, behördliche Lenkung und Preisreform) mehr als bisher ineinander greifen. Das hat damit zu tun, dass nachhaltige Zukunftsperspektiven stärker als die ursprüngliche Entwicklung „konstruiert“ werden müssen und mehr, als es bisher jemals der Fall war, auf behördliche Eingriffe, die auf einer verantwortungsbewussten Zivilkultur basieren, angewiesen sind.

Vorschlag:

- *[V14] Soziale Gerechtigkeit, ökologische Stabilität und nachweisbares Wohlbefinden der zukünftigen Generationen verlangen in der Analyse und Durchführung von Politik nach einer besonderen Aufmerksamkeit. Bei der Verwendung von Marktinstrumenten (Steuern, Zuschüsse, Quoten, Genehmigungen, usw.) zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Leistungen des Ökosystems für eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung ist dringend zu beachten, ob geplante Preis- oder Genehmigungs-/Quotenänderungen für arme, marginalisierte Haushalte zumutbar sind. Dies ist die eigentliche Kernaussage von nachhaltiger Entwicklung.*

39. All unsere Vorschläge befolgen das Argument, dass sich die Märkte an die soziale Gerechtigkeit, die Neuverteilung unternehmerischer Möglichkeiten, und die entsprechenden Ausbildungen und Fähigkeiten anpassen müssen. Daraus ergibt sich

ein Bedarf nach einem Zusammenspiel, das öffentliche Interessen reguliert und gleichzeitig benachteiligte Menschen zur Gestaltung von Märkten hin zu einer auf Langfristigkeit angelegten nachhaltigen Entwicklung mit einbezieht.

40. Der Individualverbrauch sowie die privat-öffentliche Auftragsvergabe sollten eine nachhaltige Beschaffung sämtlicher Waren und Dienstleistungen aktiv fördern, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze anregen und für alle bei einer Investition zu berücksichtigenden Kriterien auch Lebenszyklusperspektiven mit ins Spiel bringen. Jegliche Auftragsvergabe sollte dadurch zu rechtfertigen sein, dass die Handlungen der Produktion und des Verbrauchs einen Mehrwert an ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Stabilität verschafft. Derzeit führt der Mangel an Integration sämtlicher Aspekte wirtschaftlicher Aktivitäten rund um den breitgefassten Prozess des „Verbrauchs“ dazu, dass stets noch mehr Umweltverschmutzung erfolgt und die soziale Ungerechtigkeit weiter zunimmt. Dies gilt für internationale Handelsvereinbarungen ebenso wie für interne EU-Aktivitäten.

Vorschlag:

- *[V51] Die Gesellschaft sollte nach einer Verbraucherkultur streben, die garantiert, dass die Beschaffung und Entsorgung sämtlicher Produkte nachhaltig erfolgt. Eine Kombination aus angemessener Regulierung, zivilgesellschaftlich-staatlich-privaten Partnerschaften für die Festlegung von Nachhaltigkeitsstandards sowie eine unmissverständliche Kennzeichnung werden erforderlich sein. Preise durchzusetzen, die die „wahren“ Kosten widerspiegeln, stellt eine Herausforderung dar, vor der sich permanent alle drücken wollen. Ernsthafte Versuche, eine angemessene ökologische und soziale Preisanpassung zu entwickeln, können nun nicht länger auf die lange Bank geschoben werden.*

41. Ein sozialer Unternehmer sollte ausgezeichnet werden. Soziale Unternehmer sind Spitzenreiter und innovative soziale *Netzwerker*, die weitergehen, anstatt sich nur an konventionellen Marktansätzen, technologischen Entwicklungen, Kommunikation und Investitionen zu orientieren. Sie streben in erster Linie danach, Verbesserungen für die Zivilgesellschaft den am stärksten verarmten und marginalisierten Bevölkerungen und Wirtschaften zugute kommen zu lassen.

Vorschlag:

- *[V16] Soziale Unternehmer sollten befähigt werden, der zentrale Dreh- und Angelpunkt eines nachhaltig funktionierenden, sektorübergreifenden Marktes für die Langfristigkeit zu werden. Dies erfordert die entsprechenden Hebel für eine Vorzugsbehandlung, eine angemessene Ausbildung sowie die gezielte Schulung von Fähigkeiten. Unternehmen in Spitzenreiterpositionen dürfen nicht durch die derzeit*

existierenden falschen preislichen und regulativen Anreize bestraft werden. Es müsste einen Mechanismus geben, durch den Missetäter automatisch angeprangert und zur Ordnung gerufen werden.

Bildung

42. Erziehung zur Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung muss sich auf permanente Schulung, die Entwicklung entsprechender Fähigkeiten, *Capability-building* (Entwicklung und Kombination von Fähigkeiten) und *Awareness Training* (Sensibilisierung) stützen. Bildung und Kooperation mit den Medien bilden dabei ebenso wie der Zugang zum World-Wide-Web und seinen technologischen Nachfolgemodellen einen ganz wesentlichen Faktor.

Vorschlag:

- *[V17] Bildung für Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung wird zunehmend von dem abhängen, was wir derzeit unter dem „Internet“ verstehen, aber auch Telefone, Kameras und Haushaltsgeräte der Zukunft als Mittel nutzen. Der Bedarf an multinationalen/nationalen Rahmen und gleichzeitig aber auch lokaler Vielfalt muss durch die Eingrenzung web-gestützter Fernlerntechniken geschützt und reguliert werden.*

43. Erziehung sollte Lehrer, Schüler, Eltern, Regierungen und Unternehmen in einen gemeinsamen Lernprozess einbinden. Gemeinsam mit den Medien hat die Bildung dafür Sorge zu tragen, dass es eine lernende und verantwortungsvolle Bürgerschaft gibt, die über die nötigen Fähigkeiten und die Weisheit verfügt, eine höchst ungewisse, aber möglicherweise dennoch steuerbare nachhaltige Zukunft vorausszusehen und in den Griff zu bekommen.

Vorschlag:

- *[V18] Die Bildung muss für alle zukünftigen Bevölkerungen eine engagierte und selbstbewusste Gesellschaft schaffen und fördern. Bildung zur Förderung sozialer Gerechtigkeit ist eine Aufgabe, bei der für alle Menschen Rechte und Verantwortlichkeiten erfahrbar werden. Auch die Erziehung zur kulturellen Vielfalt ist hier mitzubedenken, denn lokal bevorzugte, nachhaltige Lösungen sollten ausgezeichnet werden.*

44. Bildung muss in Schulen und in höheren Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen bessere Wohlstandsindikatoren und mediengestütztes Monitoring für sozialen und ökologischen Fortschritt entwickeln. Die Bildung sollte auch die Absicht verfolgen, zur

Nachahmung anzuregen und ausgehend von der derzeitigen Erfahrung nachhaltig zu leben und zu arbeiten, eine Möglichkeit schaffen, wie man soziale Gerechtigkeit erkennen und fördern kann, und wie man Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung evaluieren kann. Bildung sollte auch bei der Aufstellung der zu einer Verbesserung führenden kulturellen Normen für die Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung behilflich sein, um sich an den demografischen Wandel, gesellschaftliche Heterogenität und wirtschaftliche Möglichkeiten anzupassen. Dies sollte Binnen- und Immigranten helfen, mit dem gleichen Grad an Fairness und Respekt wie alle anderen Bürger behandelt zu werden. Bildung sollte Vielfalt und eine breite Auswahl an möglicher Lebensgestaltung auf der lokalen Ebene vermitteln.

Vorschläge:

- *[V19] Ein Prozess sollte angestoßen werden, bei dem in allen Mitgliedsstaaten EU-gestützte Bildungsnormen eingeführt werden, um jede Schule in der EU in die Lage zu versetzen, zu einem Testlabor für nachhaltiges Leben und nachhaltige Vorausschau zu werden. Schulen sollten die treibende Kraft werden, die die Gesellschaft durch Einbeziehung der gesamten Bildungsgemeinschaft mobilisiert. Studenten sollten in Feldforschungen mit einbezogen worden, anhand derer relevantes Wissen erzeugt und politische Lösungen entwickelt und umgesetzt werden.*
- *[V20] Wissenschaftliche Schulung sollte ausgeweitet werden, damit Nachhaltigkeitspartnerschaften unter Einbeziehung des öffentlichen, privaten und zivilen Sektors gebildet werden. Es sollte eine Schulung spezieller Fähigkeiten erfolgen, die es einem ermöglichen, das Ungewohnte, Unbequeme und Unkoordinierte zu bewältigen. Der Campus sollte eine Art innovative Startrampe für Nachhaltigkeitstechnologie und Evaluierungsfähigkeiten werden.*
- *[V21] Die Bildung sollte zu einer vom öffentlichen, privaten und zivilen Sektor geteilten Erfahrung werden, wo die Forscher und die Forschung und all diejenigen, die die Forschungsergebnisse umsetzen, als Partner des kreativen Lernens in Erscheinung treten. In einer solchen Konstellation sollte es möglich sein, die spannende Mischung aus staatlich-privaten-zivilen Elementen auf den zukünftigen Märkten für Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung zum Gelingen zu bringen.*

Kultur

45. Die psychische und kulturelle Prägung des Einzelnen durch sein soziales Umfeld beruht auf einer Tendenz, den Planeten als im Wesentlichen unbegrenzt zu betrachten,

weshalb die Menschen keinerlei Veranlassung haben, sich in ihren Anschauungen und Handlungen von der Annahme einschränken zu lassen, die Natur sei eventuell doch nicht unerschöpflich. Die Kulturen scheinen sich Unverwechselbarkeit und Identität zu gönnen und sich untereinander nach Status und Habitus zu beurteilen, während sie Risiken nach dem Maßstab auslegen, was man irgendwie wieder in den Griff bekommen und sich durchaus herausnehmen kann. Kulturelle Normen und Werte festzulegen und beizubehalten bildet das Kernstück des Europäischen Kulturabkommens und erhält durch die Anerkennung lokaler Voraussetzungen die rechte Ausgewogenheit. Soziale und ökologische Aktivistebewegungen kämpfen oft in den ersten Reihen mit, wenn es darum geht, Respekt für kulturelles Erbe und Vielfalt bei der Verfechtung nachhaltigerer Lebensformen zu erlangen. Der Übergang zu nachhaltigeren Lebensstilen muss auch lokale kulturelle Vielfalt widerspiegeln.

46. Noch ist die Förderung des sozialen Wohlbefindens nicht in vielen Kulturen als eine Selbstverständlichkeit vorzufinden. Wohlstand mag zwar zu mehr Selbstsicherheit führen, ist aber keine Garantie für Glück. Kultur dient dazu, die soziale Identität zu erhalten, doch vermag derzeit nicht für das Überleben sämtlicher Menschen auf dem Planeten zu sorgen. Doch die Grundlage eines derartigen moralischen Interesses ist dazu da, um ausgebaut zu werden. Instrumente wie das vorgeschlagene „Cap and Share“-Modell, das in Irland verfochten wird, vermag dabei behilflich sein, aufzuzeigen, wie kulturelle Perspektiven und Konsumentenverhalten mit Ergebnissen einer auf Langfristigkeit ausgerichteten nachhaltigen Entwicklung koinzidieren könnten. Solche Experimente mit innovativem Marketing, Preisfestsetzung und Regulierung sollten auch andernorts in Europa sowie auch im Hinblick auf andere Dimensionen der Nachhaltigkeit gefördert werden.
47. Kulturen erfordern einen Sinn nach Perspektive. Verständnis und Wertschätzung der Geschichte und des Erbes wirken vertrauensbildend im Hinblick auf Veränderungen. Ein Gefühl der Verbundenheit mit seinem Ort ist ein lebensnotwendiges Element, um mit Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung zu arbeiten. Ähnlich verbinden Kulturen Individualismus mit Kommunalismus. Ein nachhaltiger Umgang mit Energie, Wasser, Abfall, CO₂ und Verbrauch im Allgemeinen ist ein Weg nach vorn, um die einzelnen Menschen dazu anzuhalten, in ihren Nachbarschaften und Städten zusammenzuarbeiten, um „Gemeinschaften für die Nachhaltigkeit“ zu gründen. Das kürzliche Aufkommen der „Bewegung für eine Stadt des Übergangs“ in einigen Teilen Europas ist ein spannender Ausdruck dieser Tendenz. Kooperation wirkt ermutigend und schafft Vertrauen und könnte dazu verhelfen, zu einer Demokratie zu finden, die im

Sinne der Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung handelt und sich bewusst für sie entscheidet.

Vorschläge:

- [V27] *„Den Nachhaltigkeitsgemeinschaften“ zu einer positiven Entwicklung zu verhelfen sollte ein Schlüsselement der neuen Kultur und der regionalen Vielfalt sein: Es ist unbedingt erforderlich, dass die Kohäsion und die wirksame Zusammenarbeit zwischen den an einem Ort beheimateten Menschen und Migranten bei der Gestaltung zukünftiger Gesellschaftsnormen mit ausschlaggebend sein werden. Lokal zu denken und zu handeln erweitert die Bedeutung von Identität und Zugehörigkeit. Es sollte eine Überprüfung der Beschaffenheit und des richtigen Gleichgewichts zwischen der Stärkung der EU-gestützten Politik, Investment-Verfahren sowie dem neu entstehenden Spielraum für mehr politische und finanzielle Autonomie auf lokaler Ebene geben. Bei einem solchen Ausgleichsprozess sollte nicht vergessen werden, dass es für die politische und wirtschaftliche Autonomie bereits voneinander abweichende subnationale Vereinbarungen gibt.*
- [V28] *Die Bedeutung und die Beurteilung von Wohlbefinden sollten auf den positiven Beitrag und das Verständnis von sozialem Zusammenhalt im Rahmen der ökologischen Funktionsweise der lokalen Umwelt und Wirtschaft ausgeweitet werden. Indem man allen Bürgern die Möglichkeit eröffnet, beim Übergang zu niedrigem Energie-, CO₂-, Wasserverbrauch sowie zu müllarmen Lebens- und Beteiligungsmustern teilzuhaben, schafft man den Beginn für einen Prozess zur Sicherstellung besserer sozialer Integration und Kohäsion. Wir fordern die Mitgliedsräte auf, sich mit der Anwendung innovativer Marktmechanismen, wie den persönlichen CO₂-Handel, z. B. das „Cap and Share-Scheme“, vertraut zu machen, das ein Potential für die Entwicklung geeigneter politischer Instrumente bietet, die es ermöglichen, die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren.*

Vielfalt

48. Vielfalt ist vielleicht der ausschlaggebende Bestandteil eines zukünftig nachhaltigen Europas. Vielfalt macht die Erinnerungen an die Vergangenheit möglich, das Erbe und die Lebendigkeit der heutigen Lebensweise und die Hoffnung, dass Zukunft an den Orten erlebt werden kann, an denen die Menschen leben, arbeiten und ihre Kindheit erleben. Vielfalt kombiniert den stabilen Erhalt von lokalen ökologischen Dienstleistungen mit der sozialen Bindung innerhalb von funktionsfähigen nachhaltigen Gemeinschaften. Jeder lokale Standort hat seine ihm eigene Ökologie, seine Geschichte und Wirtschaft. Das deutet darauf hin, dass in einem zukünftigen Europa, das in dem

Passepartout-Satz „Unverwechselbarkeit in der Vielfalt“ enthaltene Element der Vielfalt stärker betont werden müsste.

49. Das europäische Konzept der nachhaltigen Entwicklung muss (für alle Arten von Politiken, Strategien und globaler Repräsentativität) den multinationalen Rahmen der Union erhalten. Doch ein solcher Rahmen kann schier unermesslich dadurch gestärkt werden, dass dem lokalen Standort und der Gemeinschaft eine viel größere Bedeutung und Verantwortung übertragen wird, um nachhaltige Entwicklung durchzuführen. Die nachfolgend aufgeführten Vorschläge mindern nicht im geringsten die Erfordernis, die EU-Institutionen und die allgemeinen Strukturen zur Erteilung von Handlungsempfehlungen zu stärken.
50. In einem zukünftigen nachhaltigen Europa werden wahrscheinlich die lokal und ökologisch einfühlsamen Ausdrucksarten von Vielfalt zu den notwendigen Vorläufermodellen von nachhaltigen Lebens- und Kooperationspraktiken und des unterstützenden Lernens (*supportive learning*). Es gibt auch zahlreiche Möglichkeiten für „Partnerschaften“ zwischen europäischen Standorten, die sich für die Nachhaltigkeit engagieren, um bäuerliche Standorte in ihren Entwicklungsprozessen zu begleiten. Die Bedeutung einer solchen Vorgehensweise könnte noch auf eine ganz wesentliche Art und Weise zunehmen, nämlich wenn es für die Erde darum geht, eine zukünftige „Bedrohungsgrundlage“ zu verhindern. Ein Akt der Zivilverantwortung könnte darin bestehen, mit Gesellschaften zusammenzuarbeiten, die aufgrund von Naturgefahren und Entbehrungen auf ihrem Weg zu nachhaltiger Entwicklung benachteiligt sind, damit auch sie auf den gemeinten Pfaden mit Würde und unter Wahrung der Gerechtigkeit voranschreiten können. Damit hätte man bereits nach der südasiatischen Tsunami-Katastrophe beginnen sollen.
51. Die Überwindung des Rückgangs von ländlichen Bevölkerungszahlen und wirtschaftlicher Entwicklung wird spezielle Nachhaltigkeitsmaßnahmen erforderlich machen. Um sie als eine Möglichkeit umsetzbar zu machen, wird es zu einer Integration mit dem Management der sozio-ökologischen Dienstleistungen rund um den Boden, das Wasser, Hochwasserplanung, Feuerplanung, die lokale Nahrungsmittelproduktion, Freizeiterholung, Gesundheit und Spiritualität sowie die Förderung lokaler Lebensformen kommen müssen. Die Integration kann durch verschiedene Initiativen erreicht werden, bei denen das Funktionieren ökologischer Dienstleistungen eine Rolle spielen, wie beispielsweise CO₂-Absorption, Hochwasserrückhalt, Ausbau der biologischen Vielfalt, Lokaltourismus und eine an örtliche Markennamen gebundene lokale

Nahrungsmittelproduktion, lokale Profile für Zulieferer sowie eine Bindung an lokale Standorte durch Vermächtnis und Kultur.

Vorschläge:

- *[V35] Unter Vielfalt versteht man sozio-ökologische Funktionsweisen, bei denen Bürger und ihre natürlichen Umfeldler zusammengebracht werden. Dies wiederum bedeutet, dass vielfältige Identität und Kooperation in Kultur und Regierung allesamt besser funktionieren, wenn das Regieren am lokalen Standort unter Berücksichtigung der ökologischen Vielfalt und mit ökologischem Respekt erfolgt. Die Entwicklung einer „Cooperative Governance“ für die lokale Autonomie innerhalb der Strukturen eines freundschaftlichem Internationalismus könnte den Rahmen für eine nachhaltige Langfristigkeit bilden.*
- *[V36] Bei jeder EU-Regierungsevaluation sollte in Betracht gezogen werden, welchen Spielraum es für eine größere politische und budgetäre Autonomie gibt, der zunehmend an die regionalen und lokalen Ebenen weitergereicht werden kann. Der Prozess könnte mit einer Reihe von Pilotprojekten beginnen, um die Reichweite und die Möglichkeit zur Ausführung der Regierungsarbeit auf einer kleineren Ebene auszuloten, wobei jedoch der entscheidende Fokus stets auf der nachhaltigen Entwicklung liegen sollte.*
- *[V37] Es sollte mit der Erstellung von Fallstudien über die sozio-ökonomische Bindung für das Wohlbefinden begünstigende und zuverlässige Lebensformen entsprechend dem Bericht der GAP-Review begonnen werden. Die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik sollte einer nachhaltigen ländlichen Gemeinschaftspolitik entsprechen, in der die Landwirtschaft die Menschen nährt, die ländlichen Gegenden Förderung erhalten und die ländlichen Wirtschaften florieren.*

Budgetverwaltung

52. Die europäischen Finanzen werden oftmals als eine „Soft Power“ bezeichnet, da es in der EU-Regierung in erster Linie darum geht, die nationalen Politiken zu regulieren und zu koordinieren. Das europäische Budget wirkt in seinen absoluten Zahlen (mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr) beachtlich, doch ist im Hinblick auf seinen prozentualen Anteil an den öffentlichen EU-Gesamtausgaben (weniger als 2,5 %) verschwindend gering. Im September 2007 hat die Europäische Kommission eine umfangreiche Beratung über EU-Finanzen und ihre Zukunft angestoßen. Die Beratung bildet den Anfang einer allumfassenden und weitreichenden Berichterstattung unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte der EU-Ausgaben und Ressourcen. Von daher

könnte es eine Herausforderung sein, die Debatte über das EU-Budget und die Entscheidungsfindung neu anzustoßen. Häufig wird der Slogan „*Public value for public money*“ als ein Ausdruck für die Veränderung in der Wahrnehmung der öffentlichen Verwaltung verwendet, wo strategische Ziele in ein budgetorientiertes Ergebnis umgesetzt werden müssten. Die Einbeziehung von öffentlichen und auf Europa ausgerichteten Werten in Bezug auf ein nachhaltiges EU-Finanzierungssystem, das auf den Zielen des EU-Vertrags und der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung basiert, würde wahrscheinlich eine bessere Grundlage für eine sachkundige öffentliche Debatte bieten, als das derzeitige Gezänke zwischen den Regierungen über kurzfristig zu erzielende Budgetgewinne („*juste retour*“).

53. Auf der nationalen Ebene trägt letztlich die zentrale Regierung eines Mitgliedsstaates die Verantwortung für die Wahrung der nationalen öffentlichen Interessen. Private Gesellschaften können einen Teil der Verantwortung für die Wahrung derartiger Interessen zu tragen haben, aber letztlich liegt die Verantwortung für ihre Einhaltung nicht bei ihnen. Auf nationaler Ebene beruhen die Mechanismen für die Wahrung von öffentlichen Interessen auf der nationalen Verfassung. Doch dies ist auf der EU-Ebene nicht der Fall. Für die Durchsetzung einer EU-Politik muss jede einzelne Ausgabe, jegliche Regulierung, jeglicher Eingriff oder jeder koordinierende Politikansatz erst den Mehrwerttest bestehen. Subsidiarität und Proportionalität gelten als die zentralen Kriterien, damit etwas zu einem Mehrwert deklariert werden kann. Aus den Debatten über Subsidiarität und Proportionalität nicht hinwegzudenken ist die Frage, welche europäischen öffentlichen Interessen aus dem Topf des EU-Budgets finanziert werden sollten. Seit die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (EU-SDS) als der allumfassende Rahmen für sämtliche EU-Politiken gilt, könnte man damit argumentieren, dass das EU-Budget lediglich für Politiken verwendet werden sollte, die darauf ausgelegt sind, die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Folglich wäre anzuraten, eine „Nachhaltigkeitsevaluierung“ für alle EU-Ausgaben zu verlangen, um dadurch zu verhindern, dass Maßnahmen, die nicht in die richtige Richtung führen, mit EU-Geldern finanziert werden, was teilweise bereits durch „spezielle Folgenabschätzungen“ geschieht. Dennoch werden noch lange nicht alle Politiken auf diesen Aspekt hin auf kohärente Art und Weise überprüft, noch nicht einmal die Kohäsionspolitik und die GAP. Wie es Huib Silvis, Vorsitzender der EEAC-Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, in einem Brief an die Kommissionsmitglieder Fischer Boel und Dimas zum Ausdruck brachte, eignet sich der „Evaluierungsprozess der Europäischen Kommission eher dazu, festzustellen, ob Politiken ihre angestrebten Ziele erreichen und nicht so sehr, um die letztendlich erzielten Ergebnisse zu bewerten. Um uns den derzeitigen Herausforderungen stellen zu können, benötigen wir vielmehr hochmoderne Methoden,

um nicht nur die beabsichtigten, sondern auch die nicht beabsichtigten Folgen eines Politikwandels für die Umwelt zu überwachen und auszuwerten. Anbetracht der derzeitigen EU-Budget-Überprüfung müssen wir sicherstellen, dass wir mit dem ausgegebenen Geld den Erwartungen der Öffentlichkeit gerecht werden. Um dies sicherzustellen, benötigen wir nicht allein eine Überwachung und Auswertung der Ergebnisse, sondern auch eine engagierte wissenschaftliche Debatte auf der Ebene der EU und der Mitgliedsstaaten.“

Vorschläge

- *[V38] Das Budgetmanagement sollte über strategische Nachhaltigkeitsintelligenz für die Langfristigkeit verfügen. Bei der Gestaltung von Politik sollten integrierte Muster der Darstellungsweise sowie mögliche Innovationen in Technologie und Unternehmen zu Rate gezogen werden, und ferner sollte dabei auch berücksichtigt werden, was für ein Potential in Gemeinschaftsaktionen steckt, und dass es sich lohnt, einen Spielraum für lokale Autonomie einzuräumen. Politikgestaltende Institutionen müssen Arbeitswege entwerfen, die sich auf Innovation, Voraussage und die Entwicklung von Szenarien stützen, statt allein die bereits in der Vergangenheit angewandten Praktiken und Methoden auszuweiten. Die Evaluierungsansätze sollten von unflexiblen Kosten-Nutzen-Analysen Abstand nehmen, um unter den verschiedenen Optionen eher das Wohlbefinden, Zivilverantwortlichkeit und Schutz des Ökosystems auf partizipative Art und Weise zu erforschen. Bei jeder Politikanalyse sollte eine Gruppe von sachkundigen und repräsentativen Bürgernetzwerken mit einbezogen werden und dabei sollte auf innovative Ansätze zurückgegriffen werden, die die möglichen Szenarien und den Spielraum für drastische Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen oder die Umwelt betreffenden Bedingungen als eine Abfolge von Herangehensweisen, die sich aus ganz gleich welcher Aufstellung von vorgeschlagenen Aktionen ergeben, untersuchen. Bei einem solchen Prozess sollte „Lernen durch Ausprobieren“ als ein Konzept mit ins Spiel gebracht werden und er sollte in der Lage sein, zwischen Ergebnissen zu unterscheiden, die noch in weiter Ferne liegen (Klimawandel,) und solchen, die sich aus unmittelbaren Entscheidungen ergeben (räumliche Gestaltung der städtischen Infrastruktur). Die Lösung liegt darin, sich dafür einzusetzen, dass die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung an jeglicher Stelle strengste Berücksichtigung finden.*
- *[V39] Das EU-Budget sollte sich weg von einem reaktiven hin zu einem proaktiven, strategischen Werkzeug für die EU entwickeln. Bisher hat das EU-Budget der schrittweise erfolgten Erweiterung und der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten Rechnung getragen und war in diesem Sinn als ein Projekt der Lösung von nationalen Interessen durch die zwischenstaatliche Verfassung der EU zu verstehen. Das EU-Budget war in diesem Erweiterungs- und Integrationsprozess ein Werkzeug. In dieser*

Hinsicht sollte sich die Budgetverteilung nach im Voraus festgesetzten politischen Zielen richten. Veränderungen bei der Budgetverteilung für sich ändernde politische Ziele sollten auf dem jeweils optimalen gerade zur Verfügung stehenden Wissen und auf einer sachkundigen öffentlichen Debatte basieren.

- *[V40] Das EU-Budget sollte einer Vision entsprechen, die auf einem europäischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Modell der Stabilität beruht, das in einem globalen Kontext, basierend auf der Verpflichtung der EU, sich an die Millenniumsziele zu halten, zur Kooperation anzuregen vermag. Ökosystemdienstleistungen und Anpassungsstrategien zu unterstützen, die sich für alle Ebenen der Governance darauf stützen, das menschliche Wohlbefinden nachhaltig zu gestalten, entspricht dem zentralen Anliegen der Millenniumsziele. Europa hat an dieser Stelle eine Vorreiterrolle zu übernehmen: intern innerhalb Europas und extern vor den Augen der gesamten Welt und letztlich auch, um Europa für zukünftige Generationen nachhaltig zu gestalten. Herausforderungen wie der Klimawandel, Energieversorgung, Ernährungssicherheit und Migration machen ein Europa erforderlich, das seinen öffentlich proklamierten europäischen Werten treu bleibt und gemäß seines Rollenverständnisses nach außen und nach innen hin fair und verantwortungsbewusst handelt.*

Die Umsetzung von Vorschlägen in die Praxis: die Rolle der EU und der nationalen Institutionen

54. *Die Wahrung öffentlicher Interessen beginnt auf den lokalen, regionalen und nationalen Ebenen, wo die Folgen von Regierungshandeln und gesellschaftlichem Wandel aufeinandertreffen. Auf diesen Ebenen ist es möglich, gemeinsame und/oder sich überlappende Bedürfnisse und Wünsche in einer offenen und alle mit einbeziehenden Debatte mit den Bürgern zum Ausdruck zu bringen. Da, wo der Markt diesen Bedürfnissen und Wünschen nicht gerecht werden kann, muss sich die Gesellschaft, die lokale, regionale oder nationale Regierung oder die Europäische Union ihrer Rolle gewahr werden. Diese Rolle geht über die Förderung nationaler Interessen hinaus. Ganz allgemein lässt sich sagen, wie es auch EEAC (2003) in seinem Bericht über *Environmental Governance* formuliert hat, ist das Vermögen eines Akteurs oder dessen Arrangement, es mit einer Herausforderung aufzunehmen, von der Art des Problems abhängig: Dringende Probleme sollten von den Regierungen mit einem klassischen (hierarchischen) Regierungsstil angegangen werden, während komplexe und*

umstrittene Themen ein Herangehen im Netzwerk erforderlich machen, und neue oder gängige Themen am besten durch Marktmechanismen angegangen werden.

55. *Verbrauch und Auftragsvergabe, die durch eine soziale Wirtschaft zu erbringenden Vorleistungen auf der Ebene öffentlicher und privater Haushalte sollten aktiv eine nachhaltige Mittelbeschaffung fördern, neue Beschäftigungsmöglichkeiten und die Finanzierung langfristiger Lebenszyklen sicherstellen.* Die nichtgelingende Integration dieses Ansatzes in alle Aspekte der wirtschaftlichen Aktivitäten rund um das breitgefaste Muster für den „Verbrauch“ verschlechtert die Umweltbedingungen und steigert die soziale Ungerechtigkeit. Dies gilt sowohl für internationale Handelsabkommen als auch für interne EU-Aktionen. Damit all dies politisch akzeptabel wird, braucht die Gesellschaft selbst zuverlässige Indikatoren für die Nützlichkeit der Nachhaltigkeit, nämlich wenn es für sie darum geht, den Wert der Waren und Dienstleistungen zu beurteilen, für die sie sich entscheidet.
56. *Die Strategien von Göteborg und Vilnius zur Erziehung zur nachhaltigen Entwicklung sollten erneut überdacht werden, um Europa auf lange Sicht nachhaltig zu gestalten.* Dabei würden die im vorliegenden Bericht im Hinblick auf Demografie, Gerechtigkeit, Märkte, soziale und politische Rechtschaffenheit und neue Formen der politisch-kulturellen Bündnisse angesprochenen Punkte Berücksichtigung finden. Das letztendliche Ziel wäre ein EU-weiter Ansatz zu einer Erziehung zu nachhaltiger Entwicklung, dem sämtliche Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Anpassungsfähigkeit, die Stabilität, Gerechtigkeit und *Capability Building* beipflichten, zumal er den lokalen Standort und die kulturelle Unterscheidung zwischen den verschiedenen Regionen widerspiegelt. Diese Option steht allen Mitgliedsstaaten in Form einer Koppelung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (EU-SDS) an die UN-Wirtschaftskommission für Europas Strategie für Umwelt- und nachhaltige Entwicklung offen, auch wenn es sich hierbei um eine Verbindung handelt, die in eine noch wirksamere Form gebracht werden muss. Vor allem sollte die neue Erziehung „über das Klassenzimmer“ hinausgehen. Jede Lernsituation sollte mit einer allgemeinen Erfahrung verknüpft sein, bei der es darum geht, zu leben, zu arbeiten, Nachhaltigkeit messbar zu machen und sich ihr anzunähern.
57. Um ökologische, soziale und Verteilungsgerechtigkeit in das komplette Gefüge des EU-Politikmachens und Umsetzens mit einzubauen, üben die EU-Regierungsinstitutionen eine strategisch ausschlaggebende Rolle aus. *Die Eingangsschulung in den EU-Regierungsinstitutionen sollte für alle Politikanalytiker die Fähigkeit vermitteln, Politik zu planen und zu managen sowie eine Budgetanalyse für die langfristige Planung*

durchzuführen. Eine derartige Schulung sollte bei Jobbeschreibungen für alle Dienste mit eingeplant werden und vom Management und den politischen Führern mit gefördert werden.

58. *Die Politikformulierung muss sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene durch eine starke Debatte mit Inhalten über Werte und Identitätsbildung in einer immer stärker globalisierten Verbrauchergesellschaft versorgt werden. Die Nachhaltigkeit als einen Teil der kulturellen und historischen Erfahrung der Europäischen Gesellschaften zu fördern könnte zu einer Vision führen, die sozialen Zusammenhalt Integration der Umwelt und die globale Vernetzung stärken hilft.*

59. *Sämtliche zukünftige EU-Budgetaufstellung sollte auf der Grundlage von Richtlinien erfolgen, die diese Visionen mit berücksichtigen und die es möglich machen, den sozialen und wirtschaftlichen Wandel auf die Ziele der langfristigen Entwicklung hin auszurichten. Im Hinblick darauf schlagen wir vor, dass die EU-Institutionen Verantwortung dafür übernehmen, wie dieser Prozess als Teil der derzeitigen Überprüfung des Budgetprozesses für den Zeitraum nach 2013 vonstatten gehen könnte.*

Vorschläge:

- *[V41] Es sollte eine EU-weite Auswertung neuer Bewertungsansätze der Auswirkungen auf die Ergebnisse von auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Umkehrbemühungen erfolgen, mit denen dem Rückgang natürlicher Ressourcen, Einbußen im Hinblick auf die ökologische Stabilität sowie die Schwächung des Wohlbefindens und der sozialen Gerechtigkeit entgegengewirkt werden sollen. Diese neuen „Nachhaltigkeitsauswertungen“ sollten an erster Stelle EU-weit erfolgen, jedoch gleichzeitig auch auf die nationalen und regionalen Ebenen durch die Arten des politischen Lernens, die Teil der neuen Ausbildung und Vielfalt werden, „übersetzt“ werden.*
- *[V42] Sämtliche von EU-Institutionen getroffenen Investitionsentscheidungen sollten die Gesamtheit aller Kosten, die Langfristigkeit und die Nachhaltigkeitsbewertung als Grundlage haben. Um dies zu erreichen, sollten die EU-Institutionen eine Reihe von Workshops und Vereinbarungen zur Berichterstattung über gestartete Versuche miteinplanen, um den Weg zu bereiten für eine verständliche und wirksame Berichterstattung über die Nachhaltigkeit.*
- *[V43] Eine solche Übung sollte die Einführung einer integrierten Nachhaltigkeitsevaluation der derzeitigen Praktiken, die die Kommission GDs und Politikgruppen für die spezielle Auswirkungsevaluation derzeit anwenden, fördern. Integrierte Nachhaltigkeitsevaluationen sollten auf sämtlichen*

Hauptpolitikschauplätzen, wie natürliche Ressourcen, Biodiversität, Klimawandel, Verschmutzungsbegrenzung, Gesundheitswesen, Städtisch-ländliche Stabilität, Verbrauch und Produktion sowie auch die Ausweitung des Wohlbefindens und der Rechtschaffenheit auf alle Aspekte des geschäftlichen, zivilen und politischen Lebens, ausprobiert werden.

- *[V44] Derartige Auswertungen sollten die Grundlage für die zukünftige Politikanalyse und den Rahmen für die Gestaltung eines langfristigen Markts und von behördlichen Vereinbarungen bilden, um eine auf Langfristigkeit angelegte nachhaltige Entwicklung einzuführen.*

60. *Der Budgetprozess der EU sollte die Werte ihrer Bürger widerspiegeln.* Langfristig braucht die EU ein Budget und einen Budgetprozess, der sich auf europäische, von allen geteilte Werte und strategische Ziele konzentriert, wobei die größten Lasten auch auf den breitesten Schultern ruhen sollten. Dies gilt sowohl für die Ausgaben- als auch auf die Einnahmeseite.

Vorschläge:

- *[V45] Was die Ausgaben betrifft, so gilt, dass obligatorisch für sämtliche EU-Ausgaben eine Auswertung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit ihrer Auswirkung eingeführt werden sollte. Die einzelnen Rubriken des finanziellen Rahmens sollten die Realität widerspiegeln und nicht in die Irre führen. Die Sicherung der europäischen öffentlichen Güter wie Natur/Ökosysteme und der durch sie geleisteten Dienste sollte im EU-Budget ausreichend berücksichtigt werden.*
- *[V46] Was die Einnahmen betrifft, so gilt, dass zwei Optionen Berücksichtigung finden sollten. Erstens wäre es angebracht, eine EU-Steuer als eine zusätzliche Einnahmequelle einzuführen: Oder eben zweitens bestünde die Möglichkeit, schrittweise zu einem echten EU-Personalvermögensabrechnungssystem überzugehen. Eine EU-Energie-, Kerosin- oder CO₂-Steuer würde den Vorteil haben, dass sie das „Verursacherprinzip“ in reale Politik umsetzen und gleichzeitig Einnahmen generieren würde, und zudem eine politische Auswirkung hätte, die den langfristigen öffentlichen Interessen dienlich wäre. Ein eigenes, auf Privateinnahmen basierendes Steuersystem, das die gemeinsamen europäischen Werte und strategischen Ziele widerspiegelt und als ein stabilisierender Faktor für die Finanzmärkte dient, wie beispielsweise die Tobin-Steuer, und zugleich die Anpassung an den Wandel unterstützt, wäre wahrscheinlich der derzeitigen Situation vorzuziehen, in der die Einnahmen Teil des nationalen Budgets der Staaten sind, und als solche jährlich Anlass zur Debatte in den nationalen Parlamenten geben. Zudem basieren nationale Budgets auf den nationalen Brutto-Einnahmen. Ein nationales Brutto-Einkommen ist eine rein wirtschaftliche Maßnahme, die aus der Perspektive der*

nachhaltigen Entwicklung betrachtet nicht den Erwartungen gerecht zu werden vermag.

- *[V47] Man sollte auf der bereits bestehenden Forschung und den Politikvorschlägen aufbauen, die in erster Linie darin bestehen, dass sie das nationale Bruttoeinkommen ersetzen oder es ergänzen, um einen Budgetmechanismus einzuführen, der den Fortschritt eher auf nachhaltige Entwicklung, statt allein auf Wirtschaftswachstum bis zum Jahre 2013 ausrichtet, um dem nächsten finanziellen Rahmen gerecht zu werden.*
- *[V48] In Bezug auf das gesamte EU-Finanzsystem muss Transparenz als das große alles bestimmende Prinzip gelten, durch das sämtliche EU-Subventionen und Ausgaben für die europäischen Bürger nachvollziehbar werden. Die Kommission Transparenz-Initiative, deren Aufgabe es ist, Bauernhöfe und landwirtschaftliche Unternehmen zu entlarven, die die GAP-Subventionen lediglich ausnutzen, ist ein gutes Beispiel dafür und sollte für sämtliche Mitgliedsstaaten den Maßstab setzen.*

61. Wir fordern die Kommission, das Parlament und den Ministerrat auf, sich genauestens anzuschauen, ob die derzeitigen Regierungsinstitutionen der EU dazu geeignet sind, sich auf ein auf lange Sicht nachhaltiges Europa einzustellen. Als ein Teil einer solchen Überprüfung sollte eine Analyse erfolgen, wie man das derzeitige Demokratie- und Informationsdefizit zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten und ebenfalls zwischen der EU und den Bürgern ausgleichen könnte. Die Schwerpunkte einer solchen Untersuchung könnten lauten:

- *[V49] Eine Aufforderung an das Europäische Parlament, einen kombinierten Parlamentarischen Ausschuss zu begründen, der durch eine mächtige partizipative Politikeinheit gestützt wird, die über das Web mit einer repräsentativen Querschnittsabteilung für EU-Bürger in Verbindung steht und speziell dazu gedacht ist, den Weg in eine langfristige Zukunft zu weisen. Aus dem besagten Prozess sollten sich auch die für die Aufstellung eines Budgets und das Muster für die Rechtfertigung eines Budgets erforderlichen Informationen ableiten lassen.*
- *[V50] Die Europäische Kommission sollte dazu aufgefordert werden, in kreative „Politik-Think Tanks“ zu investieren und Maßnahmen zu entwickeln, mit denen sich eine CO₂-niedrige nachhaltige Wirtschaft fördern ließe, die sich durch eine langlebige Verwendung und Durchleitung natürlicher Ressourcen sowie durch Mechanismen auszeichnet, mit denen eine innovative Nachhaltigkeitstechnologie, unternehmerisches und soziales Verhalten gefördert werden können. Die nationalen Räte für nachhaltige Entwicklung könnten Sachverständige für derartige Think Tanks vorschlagen.*

- *[V51] Ferner könnte die Kommission aufgefordert werden, der aktuellen politischen Koordinierungseinheit im EG-Generalsekretariat die Macht und die Autorität zu verleihen, die GDs in die Lage zu versetzen, zu koordinieren, Budgets aufzuteilen, Nachhaltigkeitsinputmechanismen zu entwickeln und insgesamt bei der gesamten Politikgestaltung die wirksame integrierte Nachhaltigkeit wertzuschätzen.*

Mögliche Inszenierung

62. Die formelle Stellungnahme des EEAC enthält eine Reihe durchnummerierter Vorschläge, die eine besondere Aufmerksamkeit und Handlungsbedarf erforderlich machen. Im Folgenden finden Sie eine zusammengefasste Liste möglicher Schwerpunktereignisse oder Aktivitäten, die sich über drei Phasen erstrecken sollten: 1 – 5 Jahre, 5 – 25 Jahre und 25 – 50 Jahre. Es ist dringend erforderlich, dass jede Zeitphase zu Verfahren und Ergebnissen verhilft, die den Weg für jegliche zukünftige Entscheidung offen halten. Die Nummern beziehen sich auf die im vorliegenden Hintergrundpapier unterbreiteten Vorschläge. Die Inszenierung hängt von der jeweiligen Auslegung ab. Die Arbeitsgruppe glaubt, dass die nachfolgend aufgeführten Vorschläge den Anstoß zu einer schöpferischen und zielgerichteten Diskussion geben sollten, die ein neues politisches Denken und Verfahren entsprechend den im vorangegangenen Abschnitt vorgeschlagenen Richtlinien nach sich ziehen. Die vorgeschlagenen Workshops und Konferenzen werden ganz bewusst angeboten, um sicherzustellen, dass der erforderliche Wandel in der Arbeitsweise der Institutionen innerhalb der fünf Jahre, in denen sich die einschneidendsten ersten Veränderungen in der Institutionskultur und in den Arbeitsweisen überall in Europa vollziehen sollten, stattfindet.

1-5 Jahre

- Die EU-Kommission ist dazu aufgefordert, **eine Reihe von visionären Übungen** einzuführen, die auf der EU-Ebene und auch auf der nationalen und subnationalen Ebene mit der Unterstützung der Mitgliedsräte des EEAC durchgeführt werden müssten. Bei diesen Visionen sollte die Notwendigkeit mitberücksichtigt werden, stets nur innerhalb der Grenzen der Natur zu schalten und zu walten, eine faire, gerechte und stabile Gesellschaft zu schaffen, nachhaltige Lebensformen zu gestalten und eine stabile und angemessene Technologie zu entwerfen, und zugleich auch Raum für eine über die

zeitliche Spanne hinausgehende Nachhaltigkeitspolitik einzuplanen, die den Akzent auf Durchführbarkeit im ländlichen Raum, in Stadtregionen sowie auf eine wirksame Mobilisierung der Gemeinschaft legt. [V1, V2, V3]

- Die EU und die Mitgliedsstaaten sollten nach einer institutionellen Vereinbarung streben, **wie das derzeitige Demokratie- und Informationsdefizit** zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten und der EU und ihren Bürgern **zu überwinden ist**. Bei einem solchen Prozess sollten die Medien, die Schulen, Universitäten, Bürgervereine und *Think Tanks* kreativ mit eingebunden und es sollte aktiv nach Pilotprojekten gesucht werden, die es ermöglichen, die Vorlieben der Bürger im Hinblick auf Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung besser mit den durch die EU Regierungsinstitutionen zu entwickelnden angemessenen Politikstrategien in Einklang zu bringen. Die oben angeführte visionäre Übung sollte sich auch für diese Übung als nützlich erweisen. [V4, V5, V6, V7]
- Wir fordern die Europäische Kommission auf, sich die besten und visionärsten Forschungsgedanken zu Nutzen zu machen, um **bessere Maßnahmen für ein Wohlbefinden im Kontext von Nachhaltigkeit** ausfindig zu machen. Das sollte eine Hilfe sein, um die zukünftige EU-Politikgestaltung und die Budgetverfahren in die rechte Form zu bringen und um in den Mitgliedsstaaten umfassende Ausgabenüberprüfungen durchzuführen. [V9, V10, V11, V12]
- Die Europäische Kommission ist aufgefordert, ein Verfahren einzuführen, durch das der Rahmen für **eine umfassende Rechenschaftslegung zur Nachhaltigkeit** verbessert wird. Dies sollte parallel mit der Evaluierung von Wohlbefindlichkeitsmaßnahmen erfolgen, und dabei sollten ganz bewusst nationale Bewertungsinstitutionen mit einbezogen werden. [V14]
- Die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten werden dazu ermuntert, zu **sachkundigen öffentlichen Debatten** anzuregen, um zu erfahren, wie die EU-Politik und die Budgetverfahren besser dem Wandel der Werte, der Interessen und der Belange ihrer Bürger Rechnung tragen können. Dazu würde auch gehören, dass man die Reichweite des EU-Steuerungs-systems und der damit einhergehenden Regeln erforscht, um stärker auf die Nachhaltigkeit ausgerichtete Investitionen zu fördern und um opportunistische Spekulationen mit Strafe zu belegen. Dazu würden auch einfühlsamere und umfassendere administrative Verfahren, sowie die Einführung von auf innovativen Ressourcen basierenden Bewertungsverfahren gehören, um der Erweiterung des ökologischen Systems und der natürlichen Ressourcen Rechnung zu tragen. Es ist dringend erforderlich, dass jegliche neue Steuer- und Abgabenvereinbarungen explizit

ökologische, soziale und wirtschaftliche Parameter miteinander kombinieren und sich nicht auf die Abgrenzung unter den drei geschichtlich voneinander getrennten Analysesträngen beschränken. [V39,V40, V41]

- Die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten sind dazu aufgefordert, zu einer Reihe von in einem Rollsystem abgehaltenen EU-weiten Workshops einzuladen, um den genauen Spielraum für **eine neue Governance und Demokratie für Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung** zu analysieren. Dies würde auch die Verbindung zwischen kurzfristigen Zwängen aufgrund von anstehenden Wahlen, der Erfordernis einer wirksamen langfristigen Perspektive, wo die Vorteile für die zukünftigen Generationen nicht allein als ein Merkmal einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit zu verstehen sind, sondern auch die Grundlage bilden, um einen Sinn für Bürgerverantwortung bei allen Lernenden und Bürgern wachzurufen, abdecken.
- Wir fordern die Europäische Kommission auf, zu einer weiteren Reihe von Workshops einzuladen, um den Spielraum abzuschätzen, der erforderlich ist, um **die geeignete Mischung von Anreizen und Strafen** aufzustellen, die wir brauchen, um den **EU-Wirtschaftsraum** für nachhaltige Energien zu gewinnen, sie von hohen Wirksamkeitsgraden der Energienutzung und von CO2-Neutralität und Wasserverantwortung zu überzeugen. All dies unter Einbeziehung von Verhaltensmustern und einer verantwortungsvollen Erziehung der Bürger, damit das Müllaufkommen minimiert und recycelt wird. Bei den vorgestellten Bemühungen sollten die Finanzminister der Mitgliedsstaaten und die nationalen Steuer- und Zulassungsarbeitsgruppen mit einbezogen werden. [V42, V43, V44, V45, V46, V47, V48]
- Erneut sprechen wir die Empfehlung der EU-Strategie zur nachhaltigen Entwicklung aus, die besagt, **dass alle Mitgliedsstaaten nationale Beratungsgremien zur nachhaltigen Entwicklung** die über ausreichenden Ressourcen und Vertretung verfügen, **gründen sollten**, um eine sachkundige Debatte anzustoßen, um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Belange der nachhaltigen Entwicklung zu steigern, und eine bessere Verbindung zwischen den verschiedenen Politiken und Politikebenen anzuregen. Das würde auch den pan-europäischen Austausch und die Koordination innerhalb des EEAC-Netzwerks stärken.
- Wir schlagen vor, dass sämtliche EU-Regierungsinstitutionen, Interessensvertreter aus der Wirtschaft und die Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen einen fortlaufenden und organisierten analytischen Prozess in Gang setzen, **um die Fähigkeit zu managen und**

Entscheidungen zu treffen auszubilden, um dadurch Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung planen und umsetzen zu können.[V49, V50, V51]

- **Die Schulen sollten auf ihre Rolle als lebendige Testlabore für wirksame Nachhaltigkeit vorbereitet werden.** Dieses Unterfangen sollte mit einer Reihe von durch Sachverständigen durchgeführten Untersuchungen und Workshops über *Best-Practice*-Beispiele beginnen und anschließend durch von den Medien und dem Web unterstützten Pilotprojekten abgelöst werden. Solche experimentellen Schulen sollten ihre Türen für alle offen halten, die das von ihnen angebotene Wissen lernen möchten. Der gesamte Prozess sollte die Auswirkungen über die Zeit, die Perspektiven der Schüler und Verhaltensmuster mit in Betracht ziehen.
- **Schulungsprogramme sollten eingeführt werden**, um diejenigen, die in allen Sparten der Gesellschaft, in der öffentlichen, in der privaten und auch in der zivilen, Entscheidungen zu treffen haben, in die Lage zu versetzen, die dafür erforderlichen Fähigkeiten zu entwickeln, und auch mit komplexen Dingen umgehen zu können, auf die soziale Gerechtigkeit und die langfristigen Auswirkungen der Ergebnisse von Entscheidungen Acht zu geben, und sich an Auswertungsverfahren zu gewöhnen, die die soziale und ökologische Stabilität bei den Auswertungen möglicher Politiken und der sich daraus ergebenden Aktionen erkennen und mit einbeziehen. Es sollte eine Schulung besonderer Fähigkeiten erfolgen, um ungewohnte, unbequeme und nicht koordinierte Dinge bewältigen zu können.
- Die EEAC-Mitgliedsräte werden erkunden, wie die in unserem Hintergrundpapier genannten Empfehlungen und Vorschläge am besten zu fördern und auszuweiten sind. Ihre Stellungnahme wird noch vielleicht von einer Reihe von Workshops zu diesem Thema geprägt, bei denen parallel durchgeführte Aktionen anderer EU-Regierungsinstitutionen miteinander kombiniert werden, um einen gemeinsamen Handlungsrahmen zu erstellen.

5-25 Jahre

- Nach der Entwicklung einer Vision und nach dem Abhalten von sachkundigen öffentlichen Debatten sollte eine gewisse Anzahl politischer Initiativen angestoßen werden, um sicherzustellen, dass die gewonnenen Erkenntnisse über Wohlbefinden, Nachhaltigkeitsrechenschaftsabgabe sowie Initiativen zur Effizienz/besseren Verwaltung

von Ressourcen letztendlich alle zu einer politischen Evaluation der nachhaltigen Zukunft ländlicher Regionen und nachhaltiger Stadtregionen führen. Darin wird bei der Analyse der *Governance* und der Finanzierung auf lokaler Ebene letztlich die Hauptaufgabe bestehen.

- Das Schaffen einer Nachhaltigkeitsperspektive, die mit einem Sinn für eine gemeinschaftliche Identität aller EU-Bürger einhergeht, unter einfühlsamer Miteinbeziehung der Immigranten, sodass alle EU-Bürger bis zum Jahr 2035 die Werte der Nachhaltigkeit und ein entsprechendes Verhalten annehmen. Der Prozess muss durch gut überwachte Pilotprojekte eingeleitet werden und sollte vor allem junge Menschen mit einbeziehen.
- Die Verbesserung von bereits existierenden Governance-Modellen, institutionellen Vereinbarungen und Technologien, um dem Ziel der partizipativen, auswertbaren, in sich geschlossenen und dezentralisierten Regierungsformen gerecht zu werden. Dies, um sofern möglich und angemessen, auf neu aufkommende Formen aufzubauen und dabei, sofern nötig, zentrale Standards und Regeln anzuwenden. Neue Ansätze zur *Sustainability Governance* sollten in der Lage sein, angemessene Antworten und Orientierung für eine sich verändernde Gesellschaft hervorzubringen, die sich immer stärker auf Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung zubewegt. Bei einem solchen Prozess sollten die Medien, die Schulen und Gemeinschaftsorganisationen offiziell mit einbezogen werden.
- Die Schaffung eines EU-weiten Rahmens für soziale Gerechtigkeit in allen politischen Programmen und bei sämtlichen Aktionen, die Langfristigkeit in der nachhaltigen Entwicklung fördern. Dabei wird man sich auf den bestehenden europäischen Gesetzesrahmen stützen können und das Unterfangen sollte sich als nützlich erweisen, um einen umfassenderen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, um sicherzustellen, dass sämtliche EU-, mitgliedstaatlichen und sub-nationalen Politiken im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung „auf den Prüfstand genommen werden“.
- Die Stärkung der internationalen Rolle, die von der EU übernommen wird, um sicherzustellen, dass die EU zu einem der wichtigsten *Global Player* bei der Förderung einer besonders nachhaltigen Entwicklung wird. Zu diesem Zweck wäre eine tiefgehende Auswertung sämtlicher existierender Politiken, Programme und Maßnahmen erforderlich, um sicherzustellen, dass sämtliche Aspekte der externen Beziehungen der EU darauf ausgerichtet sind, die langfristige Nachhaltigkeit im Hinblick auf sämtliche Merkmale der Politik und der Budgetaufstellung zu fördern.

25 – 50 Jahre

- Wir fordern alle europäischen Regierungsinstitutionen dazu auf, einen Prozess zu überwachen und zu fördern, der uns vor die inspirierende und spannende Aufgabe stellt, zum Wohl aller Bewohner der Europäischen Union nachhaltig zu leben und zu arbeiten. Vielfalt in der Wirtschaft und in der Kultur und in einer autonomeren Regierungsform, und zwar dies in einem passenden und robusten Rahmen für einen funktionierenden multilateralen und nationalen Staat, und mit einer beständigen und verantwortungsbewussten Regierung, ist eine Voraussetzung für einen zufriedenstellenden Wohlstand, den Fortschritt des sozialen Wohlbefindens sowie das wirksame Streben nach intergenerationaler Solidarität und den globalen Erhalt ökologischer Stabilität. Jeder Bürger ist ein Wähler, ein nachhaltiger Organisator, ein kommunaler Unterstützer, ein wirksam arbeitender Nachhaltigkeitsaktivist und ein Mitstreiter bei dem erfolgreichen Umschwenken auf globale Nachhaltigkeit.